

BAYERN
LANDTAGS
FRAKTION

SPD

ARBEITEN FÜR BAYERN.

Rechenschaftsbericht der SPD-Fraktion
im Bayerischen Landtag 2015 – 2017



Das Leben der Menschen verbessern – Schritt für Schritt

Opposition ist Mist – unbestritten hatte Franz Müntefering mit seiner Aussage recht. Aber so ganz dann auch wieder nicht. Gerade haben wir aus der Opposition heraus den **größten bildungspolitischen Erfolg** seit der Abschaffung des Büchergeldes und der Studiengebühren erzielt. Das G8 in Bayern ist Geschichte! 13 Jahre hat es gedauert, aber Hartnäckigkeit zahlt sich am Ende dann doch aus. Das haben wir in dieser Legislaturperiode bewiesen mit unserer erfolgreichen **Verfassungsklage** gegen das CSU-Projekt der Volksbefragung, die als Machtinstrument gegen die Opposition eingeführt werden sollte. Unsere **Marathondebatte** zum Bayerischen Integrationsgesetz hat schonungslos die eigentliche Intention dieses Vorhabens – die Ausgrenzung von Menschen mit Migrationshintergrund – offengelegt. Christine Haderthauer musste auf unseren Druck hin zurücktreten – wegen ihrer Geschäftemacherei mit von einem Strafgefangenen angefertigten **Modellbauautos** all ihren Beteuerungen zum Trotz, dass dies rein idealistisch motiviert gewesen sei. Im Bereich Verbraucher- und Umweltschutz haben wir die Skandale um **Bayern-Ei** und das **Riedberger Horn** aufgedeckt und die zuständige Ministerin in ernsthafte Bedrängnis gebracht.

Trotz dieser Erfolge werden wir die Hände sicher nicht in den Schoß legen. Gerade in der Bildungspolitik ist noch viel zu tun: **längeres gemeinsames Lernen, Inklusion, Recht auf Ganztag**. Wir bleiben dran und werden weiter die Bretter bohren, so dick sie auch sein mögen. Und: Bei der **Landtagswahl** im nächsten Jahr werden die Karten im Bayerischen Parlament neu gemischt! Wir sind optimistisch.

In dieser Broschüre finden Sie den Rechenschaftsbericht der SPD-Landtagsfraktion für die Zeit zwischen Mai 2015 und Mai 2017. Er umfasst unsere vielfältigen Politikthemen und Initiativen im Bayerischen Landtag. Weitere Informationen finden Sie natürlich auf unserer Homepage www.bayernspd-landtag.de sowie anhand der Drucksachen-Nummern in den Texten dieser Broschüre.

Bitte zögern Sie auch nicht, uns anzuschreiben:
rechenschaftsbericht@bayernspd-landtag.de

Nun wünsche ich Ihnen eine interessante Lektüre.

Mit freundlichen Grüßen

Markus Rinderspacher, MdL

SPD-Fraktionsvorsitzender im Bayerischen Landtag

42 Abgeordnete stark:
Die Fraktion der SPD im
Bayerischen Landtag



BAYERNSPD-LANDTAG.DE



INHALTSVERZEICHNIS

ARBEIT UND SOZIALES	9	KIRCHE UND RELIGION	27	SPORT	43	Arbeitswelt 4.0 / Handwerk / Landesentwicklung	56
Arbeitsmarkt / Kostenfreie Kitas	9	KOMMUNEN UND INNERE SICHERHEIT	28	Vernetzung	43	WISSENSCHAFT UND KULTUR	57
Familie	10	Sicheres öffentliches Leben	28	Sportförderung / Schwimmen / Verbände	44	Frauen in der Wissenschaft	57
Bürgerschaftliches Engagement / Kampf gegen		Rettungshelfergleichstellung / Kampf gegen		STAATSHAUSHALT UND FINANZEN	45	Demokratie und Karriereperspektiven an	
Kinderarbeit	11	Schrottimmobilien	29	Das SPD-Steuerpapier	45	Hochschulen / Studieren ohne Barrieren /	
Jugend	12	Änderung kommunalrechtlicher Vorschriften	30	Fehlender finanzpolitische Impulse / Gerechtes		Erinnerungsorte	58
Seniorinnen und Senioren	13	Kommunalgesetze verbessern	31	Steuersystem	46	Reform des Kulturfonds / Schutz von Denkmälern	59
Queerpolitik	14	LANDWIRTSCHAFT	32	Umfassender Steuervollzug / Unzureichende		WOHNEN	60
BILDUNG UND KULTUS	15	Bauern im Preiskampf stärken / Gentechnik	32	Investitionsquote / Staatsverschuldung	47	Staatliche Wohnungsbaugesellschaft	60
Guter Ganzttag und Gymnasium	15	Ökolandbau / Kein Ausverkauf des Landes	33	TIERSCHUTZ	48	Zweckentfremdung	61
Qualitätsverbesserung an allen Schulen	16	Nutztiere artgerecht halten / Subventionen		Tierwohl / Tierheime / Verbandsklagerecht	48	Mieterrechte stärken – GBW-Verkauf aufklären ...	62
ENERGIE	17	anpassen / Wald der Zukunft	34	Bienen / Welpenschmuggler / Tierschutzlabel /		SONDERGREMIEN	63
EUROPA	19	MEDIEN	35	Transporte / Zirkus	49	Enquete-Kommission Bayern	63
FRAUEN	20	Bürgerradios / Rundfunkaufsicht	35	UMWELT	50	Enquete-Kommission Integration	64
GESUNDHEIT UND PFLEGE	21	Medienkompetenz / Regionale Medienvielfalt	36	Alpenschutz / Klimaschutz	50	Untersuchungsausschuss Bayern-Ei	65
Antibiotikaresistenzen / Drogenprävention /		NETZPOLITIK	37	Gefahr für und durch Wasser	51	Untersuchungsausschüsse Labor und Modellbau	66
Medikamente	21	Breitbandausbau / Digitale Freiheitsrechte	37	Nationalparks / Artenschutz	52	70 JAHRE BAYERISCHE VERFASSUNG	67
Mehr Pflegepersonal / Pflegebetrug eindämmen	22	#Digitalisierung	38	VERBRAUCHERSCHUTZ	53		
INKLUSION	23	ÖFFENTLICHER DIENST	39	Schutz vor Täuschung	53		
INTEGRATION UND MIGRATION	24	Attraktive Arbeitsbedingungen / Beförderungen /		Staatliche Aufsicht	53		
JUSTIZ, RECHT, VERFASSUNG	25	Starker Dienst für die Gesellschaft	39	VERKEHR	54		
Bürgerbeteiligung / Datenschutz /		Reform der Personalvertretung / Stoibers		Verkehrsnetz	54		
Informationsfreiheit / Justiz / Stalking	25	Sparprogramm / Wiederbesetzungssperre	40	Vorrang für Schiene und Wasserwege	54		
Verfassungsschutzkontrolle /		KAMPF GEGEN RECHTS	41	Intelligente Infrastruktur	54		
Verwaltungsgerichte/ Volksbefragungen	26	Extreme Gruppierungen bekämpfen	41	WIRTSCHAFT	55		
		NSU-Komplex auflösen	42	Soziale Wirtschaftspolitik	55		

Quellen: Wie Dokumente finden?

In den einzelnen nachfolgenden Texten und Themenbereichen sind zahlreiche Drucksachen-Nummern als Quellenbelege für unsere konkreten und ausführlichen parlamentarischen Initiativen angeführt, beispielsweise der Gesetzentwurf 17/15007.

Drucksachen-Nummern erhalten offizielle Parlamentsdokumente, welche öffentlich einsehbar sind. Diese Nummern können auf der Internetseite des Bayerischen Landtags unter

www.bayern.landtag.de/dokumente/drucksachen

eingetragen werden. Das entsprechende Dokument ist dann abrufbar. Wir freuen uns, wenn Sie sich die Zeit nehmen, unsere Initiativen zu lesen und zu prüfen.



DER FRAKTIONSVERSTAND

MARKUS RINDERSPACHER (Mitte) ist seit dem 21.10.2009 Vorsitzender der SPD-Landtagsfraktion. Er wurde nach der Landtagswahl 2013 zweimal in seinem Amt bestätigt. Der Münchner Abgeordnete war 2008 zum ersten Mal in den Landtag gewählt worden.

Zu stellvertretenden Vorsitzenden hat die Fraktion **HANS-ULRICH PFAFFMANN** (rechts) aus München, **MARGIT WILD** (3. v. links) aus Regensburg und **DR. SIMONE STROHMAYR** (3. v. rechts) aus Augsburg gewählt. Parlamentarischer Geschäftsführer ist der unterfränkische Abgeordnete **VOLKMAR HALBLEIB** (links) aus Ochsenfurt.

Mit beratender Stimme gehören dem Vorstand **NATASCHA KOHNEN** (2. v. rechts) und die Vizepräsidentin des Bayerischen Landtags, **INGE AURES** (2. v. links), an.

Der Fraktionsvorstand plant und koordiniert die langfristigen Ziele und organisiert die parlamentarische Arbeit. Die politischen Entscheidungen treffen aber alle 42 Abgeordneten in der Fraktionsversammlung.

Arbeitsmarkt

Wir haben uns vehement für die Einführung eines allgemeinen gesetzlichen **Mindestlohns** eingesetzt (u.a. durch 17/58). Damit dieser auch bestmöglich wirkt, drängen wir seither immer wieder auf engmaschige Kontrollen und Sicherstellung der Dokumentationspflichten (17/15175).

Die Rahmenbedingungen für gute und sichere Arbeit im Freistaat zu schaffen, ist aber auch über den Mindestlohn hinaus Kernziel unserer Arbeitsmarktpolitik. Dies zeigen zahlreiche Initiativen, die wir in dieser Legislaturperiode beispielsweise zur **Bekämpfung des Missbrauchs von Leiharbeit und Werkverträgen** (17/10514), zur Einhaltung von **Tarifvereinbarungen** bei öffentlichen Aufträgen und Vergaben (17/10320), zur **Unterstützung von Jugendlichen** beim Start ins Berufsleben (17/14146-49), zum **Abbau von Langzeitarbeitslosigkeit** (17/9895), zur **Vereinbarkeit von Familie und Beruf** (Kapitel „Familienpolitik“) und zur **Förderung von Menschen mit Behinderung** (17/9902-04) vorlegten. Auch setzen wir uns dafür ein, dass Zugewanderte ihre Potenziale bestmöglich in den bayerischen Arbeitsmarkt einbringen können.

Kostenfreie Kitas

Wir wollen **kostenfreie Kitas** für alle Familien. Ziel ist es, jedem Kind den Zugang zu guten frühkindlichen Bildungsangeboten zu ermöglichen – unabhängig von der Herkunft des Kindes oder der Größe des Geldbeutels der Eltern. Kindertageseinrichtungen sind Bildungseinrichtungen. Sie müssen daher, ebenso wie der Schulbesuch, kostenfrei sein! Frühkindliche Bildungsangebote sind eine Investition in die Zukunft und der Grundstein für ein erfolgreiches Arbeitsleben. Auf lange Sicht werden der Gesellschaft damit sogar Kosten gespart. Im Rahmen unserer Herbstklausur 2016 legten wir ein Konzept zur schrittweisen Beitragsfreiheit in sämtlichen bayerischen Kindertageseinrichtungen vor und im Frühjahr 2017 brachten wir es im Rahmen eines familienpolitischen Pakets auch in den Landtag ein (17/16317).

Auch wenn die CSU aus ideologischen Gründen noch immer nicht zum ganz großen familienpolitischen Wurf bereit ist, konnten wir doch zumindest die Situation in den bayerischen Kitas deutlich verbessern: So kam es auf unseren Druck hin zu **Verbesserungen der Finanzausstattung** der Kitas, **bürokratischen Vereinfachungen** und einem Modellversuch für eine **attraktivere Erzieherausbildung**. Und: Inzwischen haben die Familien einen **Rechtsanspruch** auf einen Kitaplatz – ein wichtiger Erfolg der Sozialdemokratie in Bund und Land.

DORIS RAUSCHER, ANGELIKA WEIKERT, HANS-ULRICH PFAFFMANN und ILONA DECKWERTH machen Sozialpolitik.



Familie

Wir unterstützen die Familien in Bayern dabei, ihre **individuellen Lebensentwürfe** zu realisieren. Hier ist uns besonders wichtig, die Voraussetzungen für eine bestmögliche Vereinbarkeit von Familienleben, Berufstätigkeit und der Pflege von Angehörigen zu schaffen. Deshalb fordern wir bereits seit Langem eine qualitativ **hochwertige Kinderbetreuung** mit bedarfsge-

rechten Öffnungszeiten, ausreichend Personal und einer **Verbesserung der Arbeitsbedingungen** für die Beschäftigten (17/13447, 17/14198). Außerdem wollen wir eine Ausweitung der **Beratungsangebote** für Familien und pflegende Angehörige im Rahmen von Familien- und Pflegestützpunkten (17/13436), spezifische **Unterstützung für Alleinerziehende** (17/9898, 17/9899), ein Rückkehrrecht für Arbeitnehmerinnen

und Arbeitnehmer von **Teilzeit zu Vollzeit** (17/15030), Maßnahmen zur Schließung der **Lohnlücke zwischen Mann und Frau** (17/13315), die Einführung einer **Kindergrundversicherung** (17/16139) sowie die Schaffung **bezahlbaren Wohnraums** für Familien (Kapitel „Wohnen“). Damit stehen wir für staatliche Maßnahmen, die tatsächlich bei den Familien ankommen und sie in ihrem täglichen Leben finanziell spürbar entlasten.

Bürgerschaftliches Engagement

Nachdem die Förderung des ehrenamtlichen Engagements seit 2014 Staatsziel in Bayern ist, legten wir im Juli 2015 als erste und bislang einzige Fraktion einen entsprechenden Gesetzentwurf (17/7764) vor. Dieser sieht vor, die **Strukturen des bürgerschaftlichen Engagements im Freistaat nachhaltig zu stärken**, die Koordination der Ehrenamtlichen zu verbessern und Hindernisse in ihrer täglichen Arbeit abzubauen. Auch in den Haushaltsverhandlungen drängen wir seither immer wieder auf entsprechende Schritte (17/13446).

Doch auch darüber hinaus macht sich die SPD-Fraktion für ehrenamtlich engagierte Bürgerinnen und Bürger stark: Dies betrifft die **Flüchtlingsarbeit** (17/9389) genauso wie die **Seniorenhilfe** (17/12733), die **Jugendförderung** (17/13443) und viele andere Bereiche der sich immer weiter ausdifferenzierenden Ehrenamtslandschaft. Hier darf sich der Staat nicht einseitig auf das Engagement der Bürgerinnen und Bürger verlassen, sondern ist verpflichtet, sie in ihren Bemühungen zu unterstützen. Die Insolvenz- und Schuldnerberatung (17/13428), gehören dringend ausgebaut.

Kampf gegen Kinderarbeit

Besser spät als nie: Nach jahrelangem Einsatz der SPD-Fraktion ist es Kommunen und Friedhofsbetreibern bayernweit nun endlich möglich, das Aufstellen von mit ausbeuterischer Kinderarbeit produzierten **Grabsteinen** zu unterbinden. Der Landtag verabschiedete im Juli 2016 auf SPD-Initiative (17/10925) ein entsprechendes Gesetz. Solche Grabsteine werden in Entwicklungsländern unter furchtbaren sozialen Verhältnissen, oft von Kindern, hergestellt und nach Deutschland exportiert.



RUTH WALDMANN ist Sprecherin für Ehrenamt und bürgerschaftliches Engagement.



Am Mädchenparlament 2017 nahmen 180 Schülerinnen aus ganz Bayern teil.

Jugend

Jugendliche in ihren Anliegen und in ihrer Vielfalt ernst nehmen – so lautet das Credo unserer Jugendpolitik. Nachdem der Landtag bis 2008 eine Enquete-Kommission zum Thema „Jungsein in Bayern“ unterhielt, drängten wir seither darauf, deren Ergebnisse weiterzuentwickeln. So fand unter anderem im Juli 2016 auf Betreiben der SPD-Fraktion eine jugendpolitische Fachanhörung im Sozialausschuss statt.

In der Folge legten wir ein umfangreiches Antragspaket vor, in dessen Rahmen wir eine Ausweitung der politischen und gesell-

schaftlichen Teilhabemöglichkeiten, eine bessere staatliche Unterstützung – vor allem von sozial benachteiligten Jugendlichen – beim **Start ins Berufsleben** sowie eine stärkere Förderung der Jugendverbandsarbeit fordern (17/14138-49).

Nach jahrelangem Drängen der SPD verabschiedete der Landtag im März 2017 zudem einen Gesetzentwurf, der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern die Freistellung zum Zwecke der **Jugendarbeit** erleichtert. Dabei wurden viele – wenn auch nicht alle – Forderungen aus dem SPD-Gesetzentwurf (17/12011) aufgegriffen.

Seniorinnen und Senioren

Auch für ein **selbstbestimmtes Leben** im fortgeschrittenen Alter brauchen wir bestmögliche Rahmenbedingungen. Deshalb setzen wir uns unter anderem für eine stärkere Beratung, Unterstützung und finanzielle Förderung im Zusammenhang mit alternativen Wohn- und Betreuungsmöglichkeiten (wie zum Beispiel Mehrgenerationenhäusern) sowie der Gestaltung eines **altersgerechten Wohn- und Lebensraums** ein (17/3916, 17/13440). Familien- und **Pflegestützpunkte** geben auch für diese Generation wichtige Hilfestellungen im Alltag und müssen daher bedarfsgerecht gefördert werden (17/13436).



DORIS RAUSCHER, seniorenpolitische Sprecherin, am SPD-Fraktionsstand auf Deutschlands größter 50plus-Messe „Die 66“ in München.

Auch das große ehren- und hauptamtliche Engagement von Seniorinnen und Senioren im Rahmen von **Seniorvertretungen und Seniorenbeiräten** unterstützt die SPD-Landtagsfraktion. Deshalb setzen wir uns unter anderem für einen eigenen Haushaltstitel – und damit mehr Gelder – für die Landesniorenvertretung Bayern als Interessenvertretung der älteren Generation ein (17/13448). Den direkten Austausch mit der älteren Generation pflegen wir zudem nicht nur im Rahmen von Fachgesprächen und Empfängen, sondern alljährlich auch mit einem Stand auf Deutschlands größter Seniorenmesse „Die 66“ in München.

Queerpolitik

Unsere Gesellschaft in **Bayern ist bunt und vielfältig**. Aber politisch und juristisch liegt noch einiges im Argen, was die echte Gleichberechtigung für Lesben, Schwule und Transgender betrifft. Wir wollen, dass **homosexuelle Paare endlich genauso heiraten können wie heterosexuelle Paare** (17/16160). Gleichgeschlechtlichen Paaren ist bis heute die Ehe verwehrt, was eine Diskriminierung von Menschen aufgrund ihrer sexuellen Identität darstellt. Angesichts des gesellschaftlichen Wandels und der damit verbundenen Änderung des Eheverständnisses gibt es keine haltbaren Gründe, homo- und heterosexuelle Paare unterschiedlich zu behandeln und am Ehehindernis für Gleichgeschlechtliche festzuhalten.

Wir fordern von der Staatsregierung, einen **Aktionsplan gegen Homophobie** zu erarbeiten und Vertretungen der queeren Community daran zu beteiligen (17/13450, 17/14140). Bayern ist das einzige deutsche Bundesland ohne Aktionsplan gegen Homophobie oder eine vergleichbare Initiative. Dabei gehört die Diskriminierung von Menschen mit unterschiedlicher sexueller Orientierung leider immer noch zum Alltag. Nicht nur auf bayerischen Schulhöfen gilt der Satz „Das ist ja voll schwul“ als Schimpfwort und Beleidigung. Dies führt gerade in jungen



Queerpolitische Sprecherin ISABELL ZACHARIAS aus München.

Jahren dazu, dass Jugendliche oft mit ihrer sexuellen Identität hadern, da sie sich nicht akzeptiert und ausgegrenzt fühlen. Ein Beleg hierfür ist nicht zuletzt die vier- bis siebenmal höhere Suizidrate bei lesbischen, schwulen, bisexuellen, transsexuellen/transgender und intersexuellen Jugendlichen.

Die **Unrechtsurteile**, nach denen schwule Männer zwischen 1945 und 1969 allein wegen ihrer Sexualität im Gefängnis landeten, müssen aufgehoben und die Betroffenen entschädigt werden (17/13450). Die bundesdeutsche Justiz verurteilte zwischen 1949 und 1969 rund 50.000 Männer wegen „gleichgeschlechtlicher Unzucht“. Noch einmal so viele gerieten in staatliche Ermittlungsverfahren. Die Gesamtheit der homosexuellen Männer musste in der Angst vor Entdeckung leben und jederzeit mit Kriminalisierung und sozialer Ächtung rechnen. Für schwule Männer war das „Dritte Reich“ bis 1969 immer noch nicht zu Ende.

Guter Ganztag

Immer mehr Eltern benötigen Ganztagsangebote für ihre Schulkinder. Viele wissenschaftliche Studien haben gezeigt, dass ein guter Ganztag ein Beitrag zur **Bildungsgerechtigkeit** ist, weil er Nachhilfe überflüssig macht und den Kindern mehr Zeit zum Lernen lässt.

Wir setzen auf vier Säulen (17/5886): **Rechtsanspruch, Kostenfreiheit, Verlässlichkeit** und **Qualität**. Wir verstehen darunter ein echtes Bildungsangebot, hinter dem ein pädagogisches Konzept steckt. Der Rechtsanspruch bezieht sich auf eine Kernzeit von 8 bis 16 Uhr. In den Grundschulen gehören auch die Ferien und der Freitagnachmittag dazu. Diese Kernzeit muss für die Eltern kostenfrei sein (17/50, 17/1057, 17/1970).



Gymnasium

Neun Jahre bis zum Abitur (G9) werden wieder bayernweiter Standard. Das achtjährige Turbo-Gymnasium (G8) gehört endlich der Vergangenheit an.

Mit einem eigenen Gesetzentwurf (17/15007) hatten wir uns als SPD-Fraktion schon lange klar und deutlich für das G9 positioniert. Jetzt haben wir Grund zum Feiern. Die **Rückkehr zur längeren Schulzeit** entspricht genau dem, was wir zusammen mit den Schülerinnen und Schülern, den Eltern und auch den Lehrkräften immer gefordert haben. Unsere harte Oppositionsarbeit als Landtagsfraktion mit zahlreichen Initiativen im Landtag hat sich ausgezahlt. Wir werden die konkrete Umsetzung der Reform sehr genau begleiten. Denn auf diese Details kommt es an, damit das neue G9 zum Erfolg wird.

Qualitätsverbesserung an allen Schulen

Das Gymnasium ist nicht alles. Große Klassen an Realschulen und Gymnasien, Lehrerunterversorgung an den beruflichen Schulen, Unterrichtsausfall, Schulleiterüberlastung, fehlende Verwaltungskräfte,

Übertrittsdruck an den Grundschulen – **alle Schularten haben Bedarfe**, die sich nicht wegdiskutieren lassen. Deshalb haben wir uns dafür eingesetzt, dass an jeder Schulart die Ressourcen auch ankommen, die gebraucht werden (17/13462, 17/13468-72).



KATHI PETERSEN, DR. SIMONE STROHMAYR, MARTIN GÜLL und MARGIT WILD entwickeln unsere Bildungspolitik.

Multiprofessionelle Schulteams

Die Schulen sind mehr als nur Orte der reinen Wissensvermittlung. **Schule heißt miteinander leben**. Und nahezu jedes Kind braucht in seiner Schulzeit irgendwann mal Unterstützung. Sei es, weil es sich in einem Fach schwertut oder sei es, weil es unter

Mobbing leidet, sei es, weil es traumatisiert ist, oder sei es, weil die Klassengemeinschaft gerade belastet ist. Die Lehrerinnen und Lehrer benötigen hier die Unterstützung von **Sozialarbeitern, Sonderpädagogen oder auch Schulpsychologen** – und zwar in jeder Schule (17/13463, 17/13466).

Energiewende

Bei der Energiewende geht es um mehr als nur um Strom. In den Bereichen Wärme und Verkehr schlummern riesige **CO₂-Einsparpotenziale** (17/4376). Wir wollen ein „integriertes Energie- und Klimaschutzkonzept“ und haben dazu einen Gesetzentwurf eingebracht (16/16927).

Erdkabel – eine Idee der SPD

Wir unterstützen den Beschluss, beim Ausbau der Stromnetze stark auf die Verlegung der **Stromleitungen unter die Erde** zu setzen. Dafür haben wir im bayerischen Parlament lange gekämpft (17/559, 17/7373). Wir waren immer verwundert, dass die CSU Erdverkabelung so lange abgelehnt hat. Aber unsere Ausdauer hat sich ausgezahlt.

Windenergie

Wir haben für den **Erhalt der Windkraftwerke** in Bayern gekämpft, aber verloren. Mit ihrem Beschluss, über große Abstände zwischen Windrädern und Siedlungen einzuführen hat die CSU-Staatsregierung der Windkraft jeglichen Raum genommen.

Wir sind dagegen sogar vor den Bayerischen Verfassungsgerichtshof gezogen, doch auch hier konnten wir uns nicht durchsetzen. Das ist bitter für die Energiewende. Ein Jahr nach dem Urteil bestätigen die Windkraftzahlen unsere damaligen Befürchtungen. Die Windenergie in Bayern ist tot.

Energetische Sanierung und Beratung

Das 10.000-Häuser-Programm zur Förderung der energetischen Sanierung in Bayern muss reformiert werden. Statt die Umstellung auf modernere Öl- und Gasheizungen zu fördern, sollte es ausschließlich auf erneuerbare beziehungsweise alternative Energien ausgerichtet werden. Ziel ist der stufenweise **Ausstieg aus der Förderung fossiler Brennstoffe** (17/15637).

Für die dezentrale Energiewende muss es für Bürgerinnen und Bürger, die motiviert sind, die Energiewende mitzugestalten, leichter gemacht werden, die Regularien zu verstehen. Wir wollen deshalb ein **Förderprojekt zur Qualitätssicherung** in der Energieberatung von Bauherren. Kommunen in Bayern sollen dabei unterstützt werden, ein regionales Expertennetzwerk vor Ort aufzubauen. Betriebe der regionalen Baubranche können dort mitmachen und sich als Energieberater weiterbilden lassen (17/16161).

Fernwärme

Der Ausbau von Fernwärmenetzen kann einen hohen Beitrag zur Energiewende in Bayern leisten. Das Einsparpotenzial von CO₂ ist riesig. Deshalb fordern wir, vor allem in den Ballungsräumen **mehr Gebäude an das Fernwärmenetz** anzuschließen.

Klimaschutz im Verkehr

Über 40 Prozent der CO₂-Emissionen stammen in Bayern aus dem Verkehrssektor. Wir brauchen deshalb ein Konzept, wie der Anteil der **alternativen Antriebe** im innerstädtischen Lieferverkehr erhöht werden kann. Nutzfahrzeuge, die mit alternativen Antrieben ausgestattet sind, reduzieren die Lärmbelastung, den Feinstaub und bieten eine Lösung für die aktuell hohen CO₂-Emissionen.



NATASCHA KOHNEN ist unsere Sprecherin für Energiepolitik.



Anträge – teilweise in Kontinuität vorausgehender Initiativen – folgenden Schwerpunktthemen: Soziales Europa (17/12541-48, 17/12605), EU-Flüchtlingspolitik (17/7683, 17/10760-61), Fluchtursachenbekämpfung (17/8990, 17/11213-14, 17/11449, 17/11491-92, 17/11488-90), Freihandelsabkommen (17/4954, 17/8220, 17/10029), Alpenschutz (17/11230-36), Entwicklung der EU nach dem Brexit (17/12144), Entwicklungen in Polen (17/11323) und Ungarn (17/7757, 17/13307), Bilanz von zehn Jahren EU-Mitgliedschaft von Bulgarien und Rumänien für Bayern (17/15514) sowie Bayerisch-Tschechische Nachbarschaft (17/15678, 17/16124).

Politik für die Europäische Union

EU-Politik ist in unserem föderalen System nicht zuletzt auch die Angelegenheit von Landesparlamenten, sei es bei der Politikfindung, sei es bei der Umsetzung. Aufgabe des Landtags ist es daher, vor allem zu bayernrelevanten Fragen frühzeitig Position zu beziehen und diese einzuspeisen: für **Bayern in Europa**. Aber auch für **Europa in Bayern**.

Die SPD-Landtagsfraktion zielte mit ihren parlamentarischen Initiativen der vergangenen zwei Jahre – nicht zuletzt vor Hintergrund aktueller wie Rechtsnationalismus, unsolidarische Flüchtlingspolitik, Brexit, Jugendarbeitslosigkeit – darauf ab, die Europäische Union von einer bloßen Wirtschafts- und Währungsunion zu einer Wertegemeinschaft mit einer stärkeren **sozialen und solidarischen Ausrichtung** zu machen und ihren Grundwerten in allen EU-Mitgliedsstaaten Geltung zu verschaffen. Dementsprechend galten unsere



Politik für Europa von GEORG ROSENTHAL, DIANA STACHOWITZ, INGE AURES und HANS-ULRICH PFAFFMANN.

BAYERN
LANDTAGS
FRAKTION
SPD



Gleichstellung per Gesetz

Frauen werden im öffentlichen Dienst des Freistaates immer noch erheblich benachteiligt. Der Anteil der Frauen in der höchsten Besoldungsgruppe in Behörden und Ministerien liegt nur bei 19,2 Prozent, wobei ihr Anteil beim Einstieg jedoch 59 Prozent beträgt.

Das Bayerische Gleichstellungsgesetz ist jedoch ein zahnloser Tiger. Dem setzt die SPD-Fraktion ihren Gesetzentwurf entgegen, der vorsieht, dass der **Frauenanteil in allen Laufbahnen, Leitungsebenen und Funktionsstellen auf 50 Prozent** festgelegt wird, auch in allen Unternehmen, an denen der Freistaat beteiligt ist.

Die Rechtsstellung der **Gleichstellungsbeauftragten** muss verbessert und diese müssen mit mehr Zeit, Geld und Mitsprachemöglichkeiten ausgestattet werden (17/8894, 17/14206).

Schutz vor Gewalt

140.000 Frauen in Bayern werden pro Jahr Opfer von sexueller oder körperlicher Gewalt. Derzeit sind die bayerischen Frauenhäuser aber so drastisch unterfinanziert, dass jede zweite hilfesuchende Frau abgewiesen werden muss. Wir kämpfen deshalb für **mehr Personal in Frauenhäusern** und Fachberatungsstellen sowie in Notrufen. In den Haushaltsberatungen haben wir **mehr Geld für Frauenhäuser** (17/13445) beantragt. Wir setzen uns für ein flächendeckendes Netz von Zufluchtsstätten für misshandelte Frauen und deren Kinder und einen **Rechtsanspruch auf einen Platz im Frauenhaus** ein (17/8621, 17/11200, 17/15809, 17/15813).

Antibiotikaresistenzen

Es gibt immer mehr Krankheitserreger, gegen die die Medizin kein Heilmittel mehr hat. Wir wollen diesen **Trend aufhalten und Menschenleben retten**. Auf Antrag der SPD-Fraktion haben die Ausschüsse für Gesundheit und Landwirtschaft eine Expertenanhörung zu den gesundheitlichen Auswirkungen von Antibiotikaresistenzen durchgeführt mit dem Ziel, Lösungswege zu finden (17/6390).

Lieferengpässe bei Medikamenten

Nach beunruhigenden Berichten über Lieferengpässe bei Arzneimitteln in Krankenhäusern haben wir eine **Bundratsinitiative** angestoßen, um diesen Missstand deutschlandweit abzustellen (17/11713).

Drogenprävention

Im Vergleich zu anderen Drogen wird Crystal Meth überproportional häufig von jungen Frauen konsumiert – mit schweren gesundheitlichen Folgen auch für die ungeborenen Kinder der Konsumentinnen.

Wir wollen deshalb ein **Präventionsprogramm gegen den Konsum von Methamphetaminen** entwickeln, das sich insbesondere an junge Frauen richtet (17/11080).



KATHI PETERSEN, RUTH WALDMANN, KATHRIN SONNENHOLZNER und RUTH MÜLLER sind unsere Gesundheitspolitikerinnen.

Mehr Pflegepersonal

Das Personal in Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen steht unter immer größerer Arbeitsbelastung, die letztlich auch uns Patienten schadet.

Wir brauchen deshalb eine **verbindliche Pflegeregelung**, um wie viele Patientinnen und Patienten sich eine Pflegekraft kümmern muss.

Am Berliner Universitätsklinikum Charité wurde im April 2016 der bundesweit erste solche Tarifvertrag unterzeichnet. Wir fordern, dies auch für die Universitätskliniken in Bayern umzusetzen (17/11816).

Pflegebetrug eindämmen

Die Kranken- und Pflegekassen erleiden durch gewerbsmäßigen Betrug bei der Erbringung von Pflegeleistungen einen Schaden von jährlich mindestens 1,25 Milliarden Euro. Geschädigt werden zudem die Kommunen, die für die Sozialhilfeleistung „Hilfe zur Pflege“ aufkommen müssen.

Wir wollen, dass nur **ehrliche Pflege** bezahlt wird. Auf unseren Dringlichkeitsantrag hin hat das zuständige Staatsministerium dazu im Ausschuss für Gesundheit und Pflege berichtet (17/11036).



ILONA DECKWERTH ist Sprecherin für Inklusion und Menschen mit Behinderung.

Barrierefreiheit für Patientinnen und Patienten

Die Barrierefreiheit in bayerischen Krankenhäusern und den Praxen niedergelassener Ärztinnen und Ärzte entspricht derzeit noch nicht der UN-Behindertenrechtskonvention. Wir wollen daher gemeinsam mit der Bayerischen Krankenhausgesellschaft eine **Zertifizierung zur Umsetzung der Barrierefreiheit** an bayerischen Krankenhäusern entwerfen (17/12623). Auf unseren Antrag hin appelliert der Landtag zudem an die Träger der Selbstverwaltung, ein Gütesiegel für barrierefreie Arztpraxen zu entwickeln (17/11622).

Bundesteilhabegesetz

Auf unseren Antrag hin hat sich die Staatsregierung für **Verbesserungen im Bundesteilhabegesetz** eingesetzt. Dies betraf insbesondere die Bereiche Anrechnung von Einkommen und Vermögen sowie die Verpflichtung zur gemeinschaftlichen Inanspruchnahme („Poolen“) von Leistungen (17/13088).

Solidarität weltweit

Wir stehen für eine Integrations- und Flüchtlingspolitik des **solidarischen Miteinanders** und der klaren Regeln. Die Fähigkeiten der zu uns Kommenden wollen wir gezielt fördern. In zahlreichen Anträgen pochten wir deshalb darauf, dass der Freistaat die Kommunen (17/11822, 17/15131) und die ehrenamtlich Tätigen (17/9389) besser unterstützt, für verlässliche Angebote zum Beispiel im Bereich der Sprachkurse sowie der Asylberatung (17/11757, 17/13455) sorgt sowie den Arbeitsmarktzugang (17/14103) erleichtern muss. Immer wieder drängten wir die Staatsregierung zudem, auf einen humanitären Umgang mit den Geflüchteten zu achten, beispielsweise was die Unterbringung (17/8417), die Kinderrechte (17/12133) sowie Fragen der Abschiebung (17/15609) angeht. Nachdem wir bereits 2015 ein eigenes Integrationsgesetz (17/5204) vorgelegt hatten, stellten wir dem Gesetz der CSU-Staatsregierung im Herbst 2016 einen umfassenden Änderungsantrag (17/13211) entgegen und machten – in enger Abstimmung mit vielen zivilgesellschaftlichen Verbänden und ehrenamtlich engagier-

ten Bürgerinnen und Bürgern – monatlang gegen dieses auf Ausgrenzung abzielende Gesetz mobil. Dies gipfelte am 8. Dezember 2016 in einer etwa **16-stündigen Marathondebatte** im Bayerischen Landtag. Und wir werden gegen das Gesetz der Staatsregierung auch noch vor den Bayerischen Verfassungsgerichtshof ziehen.

Um der Bedeutung von Integration als Zukunftsthema gerecht zu werden, nahm zudem im Sommer 2016 die von der SPD initiierte **Enquete-Kommission „Integration in Bayern aktiv gestalten und Richtung geben“** (17/12431) ihre Arbeit auf.



ARIF TASDELEN ist integrationspolitischer Sprecher und Vorsitzender der Enquete-Kommission „Integration in Bayern“.

Bürgerbeteiligung

Wir setzen uns für **direkte Verbesserungen** beim Bürgerbegehren und beim Bürgerentscheid ein. Es ist auch unserem beharrlichen Drängen zu verdanken, dass zukünftig auch nichtwahlberechtigte Gemeindeglieder an Bürgerversammlungen teilnehmen können (17/14651).

Datenschutz

Bei der Umsetzung der Europäischen Datenschutz-Grundverordnung in nationales und auch in bayerisches Landesrecht werden wir darauf achten, dass der **umfangreiche Datenschutz** nicht geschwächt, sondern gestärkt wird.

Transparenz und Informationsfreiheit

Unser Vorschlag für ein **Bayerisches Transparenz- und Informationsfreiheitsgesetz** bleibt auf der Tagesordnung. Wir unterstützen die Bemühungen auf kommunaler Ebene, Informationsfreiheitsgesetze einzuführen (16/13784, 17/15548-49, 17/15554, 17/15556-58).

Personelle Ausstattung der Justiz verbessern

Unsere Beharrlichkeit hat sich ausgezahlt: Unsere Forderungen nach **mehr Stellen in der Bayerischen Justiz** und im Justizvollzug sind endlich teilweise umgesetzt worden. Bedarf besteht aber insbesondere noch an den Amtsgerichten, bei den Staatsanwaltschaften und im Justizvollzug. Wir bleiben dran. Wir haben erneut gefordert, dass auch die Spitzenpositionen in der Bayerischen Justiz ausgeschrieben und in einem transparenten Verfahren besetzt und dass die Richter des Verfassungsgerichtshofs mit 2/3-Mehrheit gewählt werden.

Die von der Staatsregierung geplante Zusammenlegung von Bewährungs- und Gerichtshilfe haben wir vorläufig gestoppt.

Stalking

Stalking-Opfer brauchen mehr staatliche Unterstützung. Die **schärfere Bestrafung von Tätern** haben wir auf Bundesebene bereits erreicht. Jetzt muss die CSU-Staatsregierung in Bayern nachlegen und Hilfgelder für die Opfer bereitstellen (17/13738).



Gestaltende Rechtspolitik von HORST ARNOLD, FLORIAN RITTER, ALEXANDRA HIERSEMANN und FRANZ SCHINDLER.

Verfassungsschutzkontrolle

Die Neufassung des Bayerischen Verfassungsschutzgesetzes haben wir u. a. deshalb abgelehnt, weil die Befugnisse des Verfassungsschutzes und die Möglichkeiten des Einsatzes von V-Leuten deutlich ausgeweitet worden sind. Wir haben beantragt, dass der Präsident des Landesamtes für Verfassungsschutz entsprechend der Regelung auf Bundesebene einmal **jährlich öffentlich angehört** wird (17/10014, 17/11610, 17/16017).

Verwaltungsgerichte

Auch bei den Verwaltungsgerichten haben die beharrlichen Forderungen der SPD-Fraktion dazu geführt, dass im Zusammenhang mit der Zunahme der Zahl der Flüchtlinge die **Kapazitäten an den Verwaltungsgerichten angepasst** worden sind (17/13251).

Volksbefragungen

Die von der Staatsregierung und der CSU beschlossene Einführung von unverbindlichen Volksbefragungen ist auch durch unsere Klage vom Bayerischen Verfassungsgerichtshof als verfassungswidrig aufgehoben und gestoppt worden.

Wir treten weiter für die Einführung von Volksbefragungen auch als **Minderheitenrecht** ein.



KATHI PETERSEN und DIANA STACHOWITZ sprechen zum Thema Kirche und Religion.

Im sozialen Dialog

Wir haben in den letzten Jahren ein sehr **konstruktives und kooperatives Verhältnis** zu den christlichen Kirchen in Bayern entwickelt. In vielen gesellschaftspolitischen Bereichen gibt es weitgehende Übereinstimmungen. Mittlerweile sind entsprechende Gesprächsforen und Arbeitskreise in verschiedenen Städten Bayerns gegründet worden. Die SPD-Kirchenpolitikerinnen und -politiker sind durch ihre Mitgliedschaft in evangelischen und katholischen

Kirchengremien auf Landes- und regionaler Ebene gut und umfassend vernetzt.

Zwei unserer Schwerpunktthemen 2017 sind **Islam und religiöse Vielfalt**. Weitere aktuelle Themen der parlamentarischen Arbeit sind Buß- und Bettag, Reformationstag, Bestattungsrecht (17/5766), Stille Tage, Sonntagsallianz, Kirchenasyl, Islamunterricht, Hospize (17/14066).

Bei unserer Winter-Fraktionsklausur in Kloster Irsee waren **Kardinal Reinhard Marx und Landesbischof Heinrich Bedford-**

Strohm zu Gast. Insbesondere die Haltung der CSU-Regierung in der Flüchtlingspolitik hat der SPD hier eine Tür geöffnet. Zudem haben wir bei zahlreichen Veranstaltungen weitere Themen behandelt: Laudato si' – Papst-Enzyklika; Menschenrechte und Entwicklungspolitik; Militärseelsorge; Gefängnisseelsorge; Krankenhausseelsorge; Frauenbilder in Islam und Christentum; Christinnentage mit Schwerpunktthemen, 2016 zum Thema Gleichstellung.

Sicheres öffentliches Leben

Eine **staatliche Kernaufgabe ist die öffentliche Sicherheit** für alle Bürgerinnen und Bürger. Nach gesetzlichen Verschärfungen schreit die Staatsregierung schnell und gerne; da, wo sie schnell handeln könnte, nämlich bei der personellen Stärkung der Polizei (17/13257), der Gerichte und Staatsanwaltschaften (17/13251, 13252, 13740-49) und des Justizvollzugs (17/13752-62) handelt sie mehr als zögerlich.

Seit dem Personalabbau der Stoiber-Jahre, auch bei der Polizei, hatte die SPD-Fraktion immer wieder eine deutliche Anhebung der Personalstellen angemahnt. Nicht erst seit dem Auf-

flammen der Terrorgefahr der letzten Jahre war klar, dass aufgrund des kontinuierlichen Einwohnerzuwachses des Freistaates eine Verringerung der Polizeistellen der grundfalsche Weg war. Endlich hat der Landtag mit dem Doppelhaushalt 2017/18 eine deutliche Anhebung der Polizeistellen beschlossen. Da die Ausbildung der Polizisten jedoch mehrere Jahre dauern wird, haben wir zahlreiche Anträge gestellt, um die aktuellen Belastungen mit dienstfremden Aufgaben (zum Beispiel Schwertransporte begleiten) zu vermindern. Außerdem sollen zusätzliche Tarifbeschäftigte die Polizisten von Verwaltungsaufgaben entlasten (17/10459, 17/10461, 17/13258).



Unsere Kommunal- und Innenexperten: DR. PAUL WENGERT, KLAUS ADELT, HARRY SCHEUENSTUHL und PROF. DR. PETER PAUL GANTZER.

Kampf gegen Schrottimmobilien

Die CSU-Staatsregierung hat dem Druck der SPD-Fraktion nachgegeben und will sich künftig besser um **baufällige Nachlassimmobilien** kümmern, die der Staat geerbt hat. Unser Antragspaket (17/15125-27) hat dazu geführt, dass in Zukunft mit drei Millionen Euro die Betreuung und Pflege der Immobilien intensiviert soll und mehr verfallene Gebäude abgerissen und damit aus dem Ortsbild entfernt werden. Zudem soll die Zusammenarbeit und Kommunikation mit den betroffenen Städten und Gemeinden verbessert werden. Das ist für uns ein Erfolg auf ganzer Linie, denn genau dafür haben wir gekämpft.

Rettungshelfergleichstellung

Ehrenamtliche Rettungshelfer werden in Bayern künftig deutlich besser gestellt. Jahrelang haben wir dafür gekämpft, dass Helferinnen und Helfer von **Rettungsorganisationen mit den Mitgliedern von Freiwilligen Feuerwehren gleichgestellt** werden. Das betrifft unter anderem die Freistellung vom Arbeitsplatz und die Entgeltfortzahlung (17/10772, 17/13811). Das ist eine erfreuliche Verbesserung. Leider hat sich die CSU bislang nicht bereitgefunden, den Rettungshelfern für vorgeschriebene Fortbildungen und Schulungen ebenfalls eine Freistellung von der Arbeit, eine Lohnfortzahlung und einen Ersatz für erlittene Schäden zu gewähren (17/15012). Bis auch dies verwirklicht ist, wird die SPD-Fraktion weiter an diesem Thema dranbleiben.



Änderung kommunalrechtlicher Vorschriften

Nach einer Evaluation der letzten Kommunalwahl des Jahres 2014 durch das Innenministerium hat die Staatsregierung im Sommer 2016 einen umfangreichen Gesetzentwurf zur Änderung des Gemeinde- und Landkreiswahlgesetzes und anderer Vorschriften vorgelegt. Mit den geplanten Änderungen versucht die CSU, auch durch die Wiedereinführung des Sitzverteilungsverfahrens nach D´Hondt, mit allen Mitteln ihre Position zu sichern.

Dieses **Auszählverfahren** würde größere Parteien und Wählergruppierungen bevorzugen. Nachdem sogar der Ministerpräsident hier seinen Widerstand angekündigt hat, kann die SPD-Fraktion hier auf einen prominenten Mitkämpfer gegen den Machthunger der CSU-Fraktion rechnen. Die SPD wird jedenfalls nicht zustimmen, selbst wenn das neue Auszählverfahren im Einzelfall auch der SPD Mandatszuwächse bescheren würde.



Auf der Liste der problematischen und zum Teil sogar **demokratiegefährdenden Vorhaben der Staatsregierung** steht außerdem die Zulassung von Scheinkandidaturen von Bürgermeistern und Landräten. Bislang ist es so, dass diese nur dann auf der Liste ihrer Partei antreten dürfen, wenn tatsächlich auch ihr Amt zur Wahl steht. Doch die CSU möchte den Amtsbonus künftig auch bei anderen Wahlen stärker nutzen, obwohl die Kandidatur nur zum Schein besteht.

In die gleiche Richtung zielt die Staatsregierung mit der geplanten Zulassung von sogenannten **Tarnlisten** bei Kommunalwahlen. Bislang ist es unzulässig, dass etwa neben der CSU-Liste auch noch eine Liste zum Beispiel der Frauenunion oder der Jungen Union antritt. Falls dies künftig erlaubt wäre, könnte das der CSU und ihr zumindest nahe stehenden Gruppierungen einen unfairen Wettbewerbsvorteil verschaffen.



Kommunalgesetze verbessern

Im Gesetzgebungsverfahren zur Änderung der Kommunalgesetze hat die SPD-Fraktion 20 eigene Anträge eingebracht, die von der **Absenkung des aktiven Wahlalters** bei Kommunalwahlen von 18 Jahre auf 16 Jahre (17/15540) über die gesetzliche Einführung von Informationsfreiheitsgesetzen (17/15548), die **Aufhebung von Altersbeschränkungen** für erste Bürgermeister und Landräte (17/15545), die Ausweitung der **Bindungswirkung von**

Bürgerentscheiden von einem Jahr auf zwei Jahre sowie der Einführung eines Klagerechts bei Nichtumsetzung des Bürgerwillens (17/15547) bis hin zur Sicherung des Ehrenamtes in kommunalen Vertretungen mit **Freistellungsanspruch** für Sitzungen (17/15551) reichen, um nur einige Beispiele zu nennen. Nach den Verwerfungen zwischen der CSU-Landtagsfraktion und dem Ministerpräsidenten (s. o.) werden die Gesetzesanträge voraussichtlich erst im Herbst 2017 (nach der Bundestagswahl) weiterberaten.

Bauern im Preiskampf stärken

Die zunehmende Konzentration im Lebensmitteleinzelhandel schwächt die **Verhandlungsposition unserer bäuerlichen Familienbetriebe** und führt zu existenzbedrohenden Krisen an den Märkten, hier müssen wir endlich gegensteuern (17/3758, 17/14132).



Gentechnik

Agrogentechnik hat auf Bayerns Fluren nichts zu suchen, hierfür setzen wir uns seit vielen Jahren ein. Auf unseren Druck ist der Freistaat Bayern dem **Netzwerk gentechnikfreier Regionen** beigetreten (17/677, 17/1051). Die Gentechniklobby sucht jedoch immer neue Wege, die umstrittene Technologie mit ihren immensen Gefahren in Bayern zu etablieren, beispielsweise die Einführung von Organismen, die durch neue Zuchtmethoden geschaffen wurden. Bevor eine Gefährdung für Mensch und Tier durch diese neuen Züchtungsmethoden nicht komplett ausgeschlossen werden kann, darf es zu keiner Zulassung kommen (17/15334). Ebenso muss die Patentierung von Leben endlich sinnvoll unterbunden werden, um die Abhängigkeit der bäuerlichen Landwirtschaft von Saatgutkonzernen nicht weiter voranzutreiben (17/9840).

Ökolandbau

Der Ökolandbau als eine nachhaltige Form der Landbewirtschaftung gewinnt in Bayern an Bedeutung. Unser Ziel ist eine Ausweitung auf 20 Prozent der landwirtschaftlichen genutzten Fläche in Bayern, hierzu fordern wir stärkere Investitionen in Ausbildung und Forschung (17/12057) und eine bessere Ausstattung der **Förderung unserer Biobäuerinnen und Biobauern** (17/15860) sowie nachhaltige Vorgaben, um fragliche Entwicklungen wie Teilbetriebsumstellungen zu verhindern (17/15861).

Kein Ausverkauf des Landes

Die Spekulationen mit Agrarland nehmen jährlich zu und stellen besonders die mittelständischen Betriebe vor erhebliche Probleme. Mit unserem Gesetzentwurf (17/13065) haben wir Wege aufgezeigt, wie wir unsere bäuerlichen **Familienbetriebe schützen** können.

Nutztiere artgerecht halten

Das **Tierwohl** steht im Mittelpunkt unserer Agrarpolitik – nicht die Tiere haben sich den Haltungssystemen anzupassen, die Nutztierhaltung muss sich den Bedürfnissen der Tiere anpassen. Wir fordern ein Verbot des Tötens männlicher Eintagsküken (17/9403), eine stärkere Förderung der Investitionen in die Optimierung der Anbindehaltung von Kühen (17/11223, 17/14509) und ein Verbot der Schlachtung von trächtigen Kühen (17/7223). Auch die bisherige Maxime der Bayerischen Staatsregierung, wachsen oder weichen, halten wir für falsch. Diese Strategie hat unsere bäuerlichen Strukturen in tiefe Krisen, wie die Milchkrise, gestürzt, führt zu Überproduktion und letztlich zu Belastungen unserer Lebensgrundlagen. Wir wollen investive Förderungen auf das Tierwohl fokussieren (17/14509) und die bäuerlichen Familienbetriebe gegenüber der Agrarindustrie stärken (17/10659, 17/13016).

Subventionen anpassen

Wir brauchen eine neue Architektur in der Förderung der Agrarpolitik – neben **existenzsichernden Zahlungen** für kleine und mittelständische Betriebe darf es in Zukunft nur noch öffentliches Geld für öffentliche Leistungen geben. Dies wollen wir zur neuen Förderperiode ab dem Jahr 2020 erreichen (17/15348). Weiterhin wollen wir die möglichen Spielräume zur Umschichtung der **Flächenprämien** zugunsten von Agrarumwelt- und Tierwohlmaßnahmen nutzen (17/15671). Unser Fokus liegt auf dem Erhalt der mittelständischen, bäuerlichen Strukturen, denn jeder siebte Arbeitsplatz in Bayern ist vor- und nachgelagert von der Land- und Forstwirtschaft abhängig.

FLORIAN VON BRUNN, RUTH MÜLLER, HORST ARNOLD und HERBERT WOERLEIN vertreten Agrarinteressen.



Wald der Zukunft

Der Umbau der anfälligen Monokulturwälder in **klimatolerante Mischwälder** hat oberste Priorität, hier müssen wir die Förderung intensivieren (17/579, 17/11614, 17/12712) und die Unterstützung der Kommunen bei der Bewirtschaftung ihrer Wälder nachhaltig gewährleisten (17/8609, 17/13030).

Bürgerradios

Mit einem eigenen Gesetzentwurf haben wir uns für die bessere Förderung von Bürgerradios in Bayern starkgemacht. Sie sind gerade bei lokalen Themen näher am Geschehen, bieten **Sendeplätze für Minderheiten** und Randgruppen und tragen damit zur interkulturellen Öffnung und zur Stärkung der Medienkompetenz in der Gesellschaft bei (17/8229).

Rundfunkaufsicht

Nach einer Jahre währenden Debatte im Landtag ist es gelungen, bei der überfälligen Reform der Rundfunkaufsicht in Bayern in einigen Punkten über die Mindestanforderungen des Bundesverfassungsgerichts in Sachen Staatsferne und Vielfaltsicherung hinauszugehen. Erreicht haben wir, dass eine 50-Prozent-Quote **Geschlechtergerechtigkeit** bei Rundfunk- und Medienräten aus dem Landtag herstellt, dass klare Vorgaben eine alternierende Berufung von Männern und Frauen aus den Verbänden bewirken, dass die Stimme der Landtagspräsidentin bei Stichentscheiden im Verwaltungsrat des

Bayerischen Rundfunks nicht länger doppelt zählt und dass für Ex-Politiker deutliche **Karenzzeiten** bei einem Wechsel in Rundfunkrat und Medienrat der BLM gelten.

Durchgesetzt haben wir zudem, dass **Menschen mit Behinderung** und die **Ausländerbeiräte** künftig jeweils einen Sitz in den Räten erhalten.

Wir wollten auch **muslimischen** Verbänden, **queeren** Menschen, **Konfessionslosen** und **Wohlfahrtsverbänden** eine Stimme in der Rundfunkaufsicht geben (17/9989). Aber: Der Landtagsmehrheit ist dieses Gesellschaftsbild viel zu bunt. Die CSU-Fraktion setzte stattdessen einen zusätzlichen Gremiensitz für die Tourismusverbände durch.



Unsere medienpolitische Sprecherin ist MARTINA FEHLNER aus Aschaffenburg.

Medienkompetenz

In zwei Haushaltsberatungen haben wir dafür gesorgt, dass die staatlichen Mittel für die Förderung von Medienkompetenz nicht reduziert wurden. Um gleiche Chancen zu schaffen, statt

Regionale Medienvielfalt

Ob Print, Hörfunk & TV oder Online: Die Menschen sind darauf angewiesen, umfassend und zuverlässig über Geschehen und Interessen in ihrem Lebensumfeld informiert zu werden, um sich eine Meinung bilden und entscheiden zu können, wie sie ihr Leben einrichten wollen. Das Überleben regionaler Medienberichterstattung sichert daher auch die Zukunft unserer Heimat. Lokales und regionales TV leistet in Bayern einen wesentlichen Beitrag für die **journalis-**

die digitale Spaltung zu vertiefen, kämpfen wir weiterhin für **mehr medienpädagogischen Einsatz**. Das betrifft alle Bereiche von der Kita bis zur Erwachsenenbildung und auch in der Lehrerausbildung (17/3922, 17/3769, 17/14046, 17/13442).

tische Vielfalt. Es ist aber ohne staatliche finanzielle Unterstützung nicht überlebensfähig. Mit Erfolg hat sich die SPD-Landtagsfraktion für die Fortsetzung der Förderung der TV-Stationen eingesetzt (17/5311, 17/11259, 17/14045). Energisch haben wir uns gegen eine zu weitreichende Deregulierung des privaten Rundfunks gewehrt. So müssen standortübergreifende Kooperationen von Sendern der Medienaufsicht vorab angezeigt werden (17/11259).

Breitbandausbau

Der leistungsfähige, flächendeckende Ausbau des Breitbandnetzes in Bayern ist uns ein wichtiges Anliegen, das wir durch zahlreiche parlamentarische Initiativen unterstützt haben. Der Weg Bayerns zu einer Gigabit-Gesellschaft ist noch sehr lang.

Wir betrachten schnelles Internet als Teil der Daseins-

vorsorge. Unser Ziel ist es, eine **Mindestübertragungsgeschwindigkeit** von 100 Mbit/Sek. (die Staatsregierung hatte diese zuletzt von 50 auf 30 Mbit/Sek. herabgesetzt) flächendeckend in ganz Bayern als Mindeststandard für den Ausbau der Breitbandinfrastruktur zu verankern (17/6440, 17/7386, 17/9233, 17/9719, 17/10778).

Digitale Freiheitsrechte

Der Zugang zum Internet ist aus unserer Sicht ein Bürgerrecht. Die Versorgung Bayerns mit flächendeckendem Mobilfunk, mit kostenlosem WLAN und der Aufbau **frei zugänglicher öffentlicher WLAN-Netze** muss beschleunigt werden (17/10871, 17/11414, 17/12353, 17/14036). Am ehrgeizigen Ziel, bis 2020 den Aufbau eines bayernweiten WLAN-Angebots mit 20.000 Hotspots zu schaffen, kann die überwiegende Zahl der Kommunen nicht aus eigenen Kräften

mitwirken. Unausweichlich ist deshalb eine Förderstrategie des Freistaats, die sowohl einmalige Zuschüsse bei der Einrichtung von WLAN-Hotspots als auch Leistungen für laufende Kosten vorsieht (17/13290).

Wir stehen zur **diskriminierungsfreien Datenübertragung**, für einen freien und gleichen Zugang zum Internet mit dem Ziel der Netzneutralität. Datenschutz und Sicherheitsbedürfnisse der Nutzer haben hohe Priorität. WLAN-Sicherheit ist zumindest parallel zur WLAN-Vernetzung aufzubauen.



#Digitalisierung

Um Bayern fitter zu machen für die digitale Gesellschaft, haben wir einen umfangreichen Forderungskatalog aufgestellt: die Einbettung informationstechnischer **Grundbildung** in die Fachlehrpläne aller Jahrgangsstufen (17/9860), die Berichtspflicht der Staatsregierung über Strategien und Maßnahmen in der digitalen Bildung (17/9859), die Schaffung **neuer Ausbildungs- und Studiengänge**, um den fächerübergreifenden Anforderungen von

Industrie 4.0 gerecht zu werden (17/9861), ein Monitoring technologieorientierter Förderprogramme (17/9857), die Einrichtung regionaler Kompetenzzentren für Arbeit 4.0 (17/9863), die Einrichtung eines Forschungsschwerpunkts Arbeitsrecht beim Munich Center for Internet Research (17/9862), die Ernennung eines Digitalisierungsmanagers im Kabinett, der im Unterschied zum Finanzminister den Unternehmen Verlässlichkeit und Planungssicherheit bieten kann (17/9856), und die gesetzliche Verankerung der Netzneutralität (17/9858). Im Staatshaushalt haben wir mehr Engagement und Mittel gefordert für den



FLORIAN RITTER, Sprecher der SPD-Fraktion für Datenschutz und Netzpolitik.

Digitalbonus zugunsten kleiner und mittlerer Unternehmen (17/14035) und für die Förderung von Aufbau und Betrieb frei zugänglicher WLAN-Netze im öffentlichen Raum, für die finanzielle, technische und logistische Unterstützung von Kommunen, für Sicherheitsstandards und für die Unterstützung nicht kommerzieller Initiativen wie Freifunker, Open-Source-Communities (17/8324).

Attraktive Arbeitsbedingungen

Gute Arbeit, faire Bezahlung, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, flexible Teilzeitmodelle, eine Verdoppelung der Ballungsraumzulage – also insgesamt attraktive Arbeitsbedingungen, das sind unsere Forderungen, um motivierte Beschäftigte und Bedienstete zu gewinnen und langfristig zu binden. Der verschärfte Wettbewerb mit der freien Wirtschaft um Fach- und Nachwuchskräfte erfordert neue Konzeptionen, gebündelt in einer „Fachkräfte- und Nachwuchsinitiative 2030“.

Beförderungen

Die Beförderungssituation ist in vielen Bereichen des öffentlichen Dienstes im Freistaat ist sehr angespannt. Für viele Beschäftigte ist trotz lebenslangen engagierten Einsatzes die Endstufe nicht erreichbar. Mit 10 Millionen Euro ließe sich diese Problematik beseitigen und die **Motivation der Beschäftigten erhöhen**. Das wäre ein wichtiger Beitrag, um die Funktionsfähigkeit der Staatsverwaltung für ihre Aufgabenerfüllung sicherzustellen (17/14284).

Reform der Personalvertretung

Grundvoraussetzung für mehr Gerechtigkeit im öffentlichen Dienst ist neben ausreichendem Personal auch die Stärkung der **Rechte der Personalvertreterinnen und -vertreter**. Um eine Zusammenarbeit auf Augenhöhe mit der Dienststellenleitung zu ermöglichen, wollen wir die lückenlose Mitbestimmung in allen personellen, sozialen und organisatorischen Angelegenheiten. Unseren Gesetzentwurf werden wir in Kürze vorlegen.



Starker Dienst für die Gesellschaft

Nur ein starker Staat bleibt auf Dauer **handlungs- und leistungsfähig**. Das setzt auch einen starken öffentlichen Dienst als wichtigen Standortfaktor in Bayern voraus und zwar mit Tarifbeschäftigten und Berufsbeamtentum. Nur so können wir öffentliche Sicherheit, den Ausbau der Kinderbetreuung, gute Bildung mit individueller Förderung, die Ausbildung an den Hochschulen, die Integration der Flüchtlinge, den Erhalt und Ausbau der staatlichen Infrastruktur und den Bau bezahlbarer Wohnungen organisieren und gewährleisten.

Gemeinwohlorientiert: STEFAN SCHUSTER, MARTINA FEHLNER, ARIF TASDELEN und ANDREAS LOTTE.



Stoibers Sparprogramm endlich stoppen

Mit seinem pauschalen Stellensparprogramm hat der frühere Ministerpräsident Stoiber der Verwaltung eine gewaltige Last aufgebürdet. Ursprünglich sollten damit von 2005 bis 2019 insgesamt 9.000 Stellen gestrichen werden. Das Konzept wurde mehrfach abgeändert, erhöht, wieder reduziert und zeitlich gestreckt. Der längst überholte und gescheiterte Passus im Haushaltsgesetz sollte schleunigst abgeschafft werden (17/14283). **Wo die Aufgaben bleiben, müssen die Stellen bleiben**; wo neue Aufgaben dazukommen, müssen neue Stellen geschaffen werden; nur wo Aufgaben wegfallen, können auch Stellen wegfallen.

Wiederbesetzungssperre abschaffen

Eine Wiederbesetzungssperre stellt kein geeignetes Instrument der Stellenbewirtschaftung dar. Da insbesondere in kleinen Dienststellen der Ausfall nicht kompensiert werden kann, und fällige Einstellungen und Beförderungsmöglichkeiten verzögert werden, ist selbst eine dreimonatige Wiederbesetzungssperre kontraproduktiv, denn sie beeinträchtigt die Funktionsfähigkeit der staatlichen Verwaltung. Durch die **Streichung der Wiederbesetzungssperre** (17/14282) könnten die im Stellenplan ausgewiesenen Stellen jederzeit besetzt und damit die Handlungsfähigkeit des Staates gestärkt werden.

Extreme Gruppierungen bekämpfen

Wir haben wichtige Impulse zur Weiterentwicklung des **Handlungskonzepts gegen Rechtsextremismus** gesetzt und schon lange vor der Staatsregierung das Thema „Reichsbürger“ aufgegriffen. Die Wiederaufnahme der Ermittlungen zum Oktoberfestanschlag geht auch auf unsere Forderung zurück. Über Jahre hat die Staatsregierung die Gefährlichkeit der

sogenannten **Reichsbürger** unterschätzt. Obwohl wir seit Jahren vor den Aktivitäten dieser Gruppierung gewarnt haben, wurden diese von der CSU als harmlose Spinner abgetan. Das änderte sich erst nach der Tötung eines Polizisten durch einen Anhänger der Reichsbürger-Bewegung. Unsere vielen Anfragen und Anträge haben zu einer größeren Sensibilisierung der Staatsregierung im Hinblick auf Prävention und Bekämpfung von verfassungsfeindlichen Bestrebungen von Rechten geführt.



DR. CHRISTOPH RABENSTEIN und FLORIAN RITTER leiten den Kampf gegen Rechtsradikalismus und menschenfeindliche Ideologien.



NSU-Komplex auflösen

Die SPD-Fraktion war die treibende Kraft, dass es in der letzten Legislaturperiode einen **Untersuchungsausschuss** zur rechtsterroristischen Mörderbande Nationalsozialistischer Untergrund (NSU) in Bayern gegeben hat.

Noch immer sind aber nicht alle Fragen rund um die deutschlandweiten und speziell bayerischen Aktivitäten des NSU geklärt. Wir verfolgen die schleppenden Aufklärungsbemühungen in anderen Ländern und vor Gericht und behalten uns daher die Einsetzung eines weiteren Untersuchungsausschusses dazu vor (17/12129).



DIANA STACHOWITZ und HARALD GÜLLER
betreuen sportpolitische Fragen.

Vernetzung

In einer **Sportkonferenz** im Landtag mit hochrangigen Referentinnen und Referenten haben wir uns im vergangenen Jahr mit dem Thema „Für mehr Inklusion im Sport“ auseinandergesetzt. Um Inklusion zu gewährleisten und voranzubringen, ist vor allem eine gesicherte Finanzierung nötig – nur dann können die **Sportstätten barrierefrei** gestaltet werden. Das fängt bei schwellenlosen Zugängen an und hört bei behindertengerechten Sanitäranlagen, Induktionsschleifen, sehbehindertengerechter Ausstattung und **inklusiv ausgebildeten Trainingspersonal** noch lange nicht auf. Dafür brauchen die Vereine verlässliche Unterstützung von Seiten des Freistaates. Inklusion zum Nulltarif gibt es nicht – hier fordern wir von der Staatsregierung verbindliche Zusagen, um die Finanzierung für den Mehraufwand zu sichern.

Ein weiteres Highlight unserer Tätigkeit war das Fachgespräch, wie **Großveranstaltungen im Sport** in Bayern in Zukunft überhaupt noch durchgeführt werden können. An der Diskussion nahmen der Präsident des Deutschen Olympischen Sportbunds, Alfons Hörmann, und DFB-Vizepräsident Dr. Rainer Koch teil.

Mehr Sport(-förderung)

Wir haben uns in den Haushaltsberatungen zum Doppelhaushalt 2017/2018 für die Stärkung der Vereine mit einer Erhöhung der **Vereinspauschale** (17/13249) und für die Erhöhung der Gelder für **Bau und Sanierung** vereinseigener Sportstätten (17/13250) eingesetzt. Daneben wollen wir eine verstärkte Unterstützung der **Sportfachverbände** (17/13248) erreichen. Ein weiterer Schwerpunkt ist es, zu erreichen, dass in der Schule mehr **Sportstunden** gegeben werden.

Schwimmen

Zentral für uns ist auch das Thema des heute in Bayern nur noch unzureichend durchgeführten Schwimmunterrichts. Zusammen mit den Kommunalpolitikern der Fraktion liegt uns auch deshalb der **Erhalt kommunaler Schwimmbäder** sehr am Herzen, hierzu haben wir einen Härtefonds zur Sanierung kommunaler Bäder (17/14020) beantragt.

Verbände

Intensiven Kontakt pflegen wir nicht nur mit Vertretern des Bayerischen Landes-Sportverbands, sondern auch des Bayerischen Sportschützenbunds. Unser gemeinsames Anliegen ist es, Schützen in Bayern, gerade auch bei gestiegenen Sicherheitsanforderungen, vor unnötigen bürokratischen Auflagen zu bewahren. Weiterhin ein wichtiges Arbeitsfeld ist die Unterstützung der **Fanprojekte** bei bayerischen Vereinen der obersten drei Fußball-Ligen.

Das SPD-Steuerpapier

In einem von der Fraktion am 26. April 2017 verabschiedeten Steuerpapier haben wir unsere Forderungen zusammengefasst:

1. **Steuervollzug stärken:** Finanzämter aufrüsten, deutschlandweite Prüfstandards, Ankauf von Steuer-CDs.
2. **Kleine und mittlere Einkommen entlasten:** Anhebung des Grundfreibetrags und Abflachung der ersten Tarifzone („Mittelstandsbauch“), Spitzensteuersatz hoch, stufenweise Abschaffung des Soli.
3. **Erbschaftsteuer:** Superreiche gerechter miteinbeziehen, Überprivilegierung von Betriebsvermögen anpassen, keine Regionalisierung.
4. **Millionärssteuer:** Vermögensabgabe für sehr hohes Vermögen.
5. **Kapital und Arbeit gleich besteuern:** Abgeltungsteuer abschaffen, Besteuerung von Zins- und Kapitaleinkünften nach dem Einkommensteuertarif.
6. **Faire Unternehmensbesteuerung:** Internationale Großkonzerne sollen dort versteuern, wo erwirtschaftet wird. Steuerschlupflöcher durch Patente und Lizenzen sowie Steueroasen schließen.
7. **Managergehälter begrenzen:** Maximal 500.000 Euro als Betriebsausgaben steuerlich absetzbar, Bonuszahlungen an nachhaltigen und sozialen Kriterien orientieren.
8. **Keine Tricks bei der Grunderwerbsteuer:** Umgehungsmodellen bei der Grunderwerbsteuer mithilfe von Firmen-Konstrukten („Share-Deals“) einen Riegel verschieben.
9. **Finanztransaktionsteuer** auf europäischer Ebene und darüber hinaus erheben.



Solide Finanzen mit DR. HERBERT KRÄNZLEIN, SUSANN BIEDEFELD, HARALD GÜLLER, GÜNTHER KNOBLAUCH und REINHOLD STROBL.

Fehlende finanzpolitische Impulse

Der aktuelle bayerische Doppelhaushalt hat mit 58,7 Milliarden Euro (2017) beziehungsweise 60,1 Milliarden Euro (2018) zwar eine Rekordhöhe erreicht, zeichnet sich aber auch durch einen **Rekord an fehlenden Impulsen und Weichenstellungen für ein zukunftsfähiges Bayern** aus. Das liegt insbesondere daran, dass die 200 gut begründeten Änderungsanträge (17/13238-58, 13282-91, 13425-95, 13738-66, 13776-87, 13795-806, 14009-20, 14033-46, 14063-76, 14282-85), die die SPD-Landtagsfraktion eingebracht hatte, von der CSU abgelehnt worden sind.

Gerechtes Steuersystem

Soziale Gerechtigkeit kann nur in einem handlungs- und leistungsfähigen, demokratischen Staat erreicht werden. Dafür brauchen wir auskömmliche und gesicherte Staatsfinanzen auf der Grundlage eines **fairen Steuersystems** und eines umfassenden Steuervollzugs. Die Belastungen des Einzelnen werden nach seiner Leistungsfähigkeit festgelegt. Für die kleinen Einkommen bringen Steuerentlastungen kaum etwas. Hier müssen eher die Sozialabgaben reduziert werden. Außerdem hilft ihnen das Angebot einer guten sozialen Infrastruktur (Bildung, Wohnen etc.).

Umfassender Steuervollzug

Mehr Personal in den Finanzämtern würde durch einen verbesserten Steuervollzug zu mehr **Steuergerechtigkeit** und Steuereinnahmen führen. Von den aktuell 16.449 Stellen an den Finanzämtern sind 1.536 Stellen gar nicht mit Arbeitskräften besetzt, es gibt sie also nur auf dem Papier. Mit zusätzlichen 1.000 Steuerbeamten (17/13238) würden pro Jahr 250 bis 300 Millionen Euro an Steuermehreinnahmen in den Staatshaushalt (17/14009) fließen – und das ohne eine Änderung von Steuergesetzen.

Unzureichende Investitionsquote

Die staatlichen Investitionen sind seit Jahren unzureichend. Zu Beginn der Amtszeit Stoiber 1993 lag die Quote im Haushalt noch bei über 20 Prozent, davon ist sie heute weit entfernt. Im Jahr 2017 sinkt sie auf 11,6 Prozent und 2018 auf 11,4 Prozent. **Erhalt und Ausbau der Infrastruktur** können damit nicht gesichert werden (17/13282, 17/13288, 17/14014-15, 17/14017, 17/14019-20).

Tilgungsplan für die Staatsverschuldung

2017 und 2018 soll insgesamt eine Milliarde Euro getilgt werden, damit sinkt die Staatsverschuldung auf knapp unter 28 Milliarden Euro. Es bleiben dann noch zwölf Jahre, um, wie vom Ministerpräsidenten immer groß angekündigt, 2030 schuldenfrei zu sein. Es müssten im Jahresschnitt 2,3 Milliarden Euro getilgt werden. **Das ist nicht realistisch.** Wenn die Staatsregierung nicht in der Lage ist, einen Tilgungsplan vorzulegen, bleibt vom Schuldenabbau bis 2030 nichts als politische Propaganda übrig.



SUSANN BIEDEFELD und HERBERT WOERLEIN setzen sich für effektiven Tierschutz ein.

Tierwohl

Im Tierschutz verzeichnet die SPD einige Erfolge. Das Schlachten von Rindern im letzten Drittel der Trächtigkeit wurde auf unsere Forderung hin untersagt. Durch Thematisierung und Forderung zur Einhaltung von **Tierschutzstandards in Schlachthöfen** fanden weitere Überprüfungen statt, die teilweise unhaltbare Zustände aufdeckten, die auf Druck der Öffentlichkeit und aufgrund unserer Initiativen und Vorschläge hoffentlich bald abgestellt werden.

Mehr Geld für Tierheime

Viele **Tierheime in Bayern stehen vor existenzbedrohenden Problemen**, Investitionsstau und immer neue Auflagen können selbst durch das enorme ehrenamtliche Engagement in den Einrichtungen nicht mehr kompensiert werden – hier müssen wir dringend handeln (17/13784, 17/13785). Wir fordern zudem die Einführung eines Pilotprojekts zur Förderung des Katzenschutzes. Dadurch sollen gezielte Kastrations- und Registrierungsaktionen unterstützt werden (17/13783).

Verbandsklagerecht

Der Tierschutz ist Bestandteil unserer Verfassung und unser Auftrag, hier haben wir umfangreiche Verbesserungen im Tierschutz gefordert (17/14207).

Das Klagerecht für anerkannte **Tierschutzorganisationen** ist ein wichtiges Element im Kampf für mehr Rechte unserer Mitgeschöpfe, welches wir seit Langem fordern (17/4480).

Rettet die Bienen

Der anhaltende Verlust an Arten, insbesondere Insekten, ist auf Dauer nicht hinnehmbar. Das Bienensterben schreitet jedes Jahr voran, wir brauchen mehr **Investitionen in die Ausbildung unserer Imkerinnen und Imker** (17/3761, 17/14829) und eine **Förderung von Bienenweiden** (17/14827-28).

Tierschutzlabel

Viele Verbraucherinnen und Verbraucher sind bereit, mehr Geld für Lebensmittel auszugeben, die unter besonderen Tierschutzstandards erzeugt wurden. Hier fordern wir eine transparente **Darstellung der Haltungsform auf tierischen Produkten** (17/12697).

Tiertransporte

Tiertransporte müssen so kurz und schonend wie möglich erfolgen. Die **Kontrollen der Tiertransporte** müssen intensiviert werden (17/5555) und es bedarf mehr Veterinär-Personals bei den Kreisverwaltungsbehörden (17/6824).

Welpenschmuggler stoppen

Angesichts steigender Herausforderungen im Zusammenhang mit illegalen Welpentransporten fordern wir die Staatsregierung auf, einen Runden Tisch mit allen betroffenen Akteuren einzuberufen. Zielsetzung ist die Erarbeitung eines einheitlichen Ablaufplanes vom Aufgriff eines **illegalen Welpentransports** bis hin zur eindeutigen Klärung der Kostenerstattung (17/12602).

Zirkus

Die Haltung bestimmter Wildtiere in Zirkussen kann auch bei sorgfältigster Betreuung durch die Akteure nicht artgerecht erfolgen. Dies betrifft vor allem Affen, Elefanten, Großbären, Giraffen, Nashörner und Flusspferde. Hier muss es schnellstmöglich ein gesetzliches **Verbot für die Wildtierhaltung** geben (17/12717).

Alpenschutz

Hier geht es um Grundsätzliches, nämlich um den **Erhalt unserer Heimat**. Wir setzen uns klar für den Schutz der Alpen ein. Der geplante Bau einer Skischaukel im Schutzgebiet am Riedberger Horn im Allgäu ist von überregionaler Bedeutung. Denn hier wird versucht, eine Bresche zu schlagen in den seit 45 Jahren bewährten Alpenplan. Wir haben uns des Falls im Landtag angenommen, mit harten Debatten im Plenum und im Umweltausschuss. Der Alpenplan darf nicht kurzfristigen Profitzielen geopfert werden (17/10010, 17/10571, 17/13879).

Bayerisches Klimaschutzgesetz

Die Energiewende im Freistaat und erfolgreicher Klimaschutz setzen sich aus zahlreichen Einzelmaßnahmen zusammen. Um diese zu koordinieren und in ein effektives Gesamtkonzept zu überführen, brauchen wir ein bayerisches Klimaschutzgesetz. Wir kämpfen für eine dezentrale Energiewende und eine sichere sowie **bezahlbare Energieversorgung**, die hundertprozentig aus Energieerzeugung durch **erneuerbare Energien** besteht.



Umwelt- und Verbraucherschutz für Bayern von KLAUS ADEL, HERBERT WOERLEIN, HARRY SCHEUENSTUHL und FLORIAN VON BRUNN.

Gefahr für und durch Wasser

Der Schutz des Wassers hat für uns höchste Priorität. Bis spätestens 2027 muss laut Europäischer Wasserrahmenrichtlinie der „gute Zustand“ der Gewässer in allen Mitgliedsländern erreicht sein. Doch in Bayern wird die Gewässerqualität tendenziell eher schlechter als besser. Auf unseren politischen Druck hin wurden die Behörden angewiesen, hier stärker tätig zu werden. Wir haben unter anderem die **Belastung durch Düngemittel** und die **Wasserknappheit** in Franken auf die parlamentarische Tagesordnung gesetzt (17/9370, 17/9792, 17/10566, 17/11077, 17/11958, 17/13031, 17/16324).

Im Bereich **Hochwasserschutz** haben wir die Ursachenforschung vermehrt auftretender Sturzfluten in Bayern angestoßen

(17/11828). Um die Anforderungen für einen guten Hochwasserschutz zu gewährleisten, muss der Personalabbau in der Wasserwirtschaft sofort gestoppt und vielmehr eine personelle Aufstockung mit qualifizierten Experten und Fachpersonal angegangen werden (17/13786, 17/13787).

Um Wasserverunreinigungen effektiv zu vermeiden, müssen die **Ver- und Entsorgungskanäle** dichthalten. Aber 15 Prozent aller bayerischen Kanäle sind sanierungsbedürftig. Dafür ist ein ausreichend finanziertes Förderprogramm nötig. Ansonsten müssen die Kosten über den Wasserpreis umgewälzt werden (17/15834, 17/14017, 17/7386).

Der Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen hat Priorität, wir müssen das **Grundwasser** schützen. Die längst überfälligen



landesweiten Regulierungen in diesem Bereich wurden vor allem seitens der CDU und CSU verhindert, sodass die EU-Kommission mittlerweile Klage wegen der Untätigkeit in diesem Bereich eingereicht hat. Dieser Umstand ist untragbar. Wir fordern Schutzstreifen an Gewässern und strengere Regelungen, um Nitratauswaschungen ins Grundwasser zu minimieren (17/14127).

Artenschutz

Die **Artenvielfalt in Bayern** muss erhalten und das Artensterben gestoppt werden. Seit zehn Jahren wird die Rote Liste bereits überarbeitet. Wir sind der Meinung, dass nun endlich gehandelt werden muss und haben eine entsprechende Initiative ins Parlament eingebracht (17/12624).

Nationalparks

Wir unterstützen ausdrücklich die **Gründung eines dritten Nationalparks** in Bayern. Nötig ist dafür ein offener Dialogprozess mit der Bevölkerung vor Ort. Die Entscheidung muss dann auf Grundlage von objektiven wissenschaftlichen Vergleichsstudien zwischen den möglichen Standorten getroffen werden (17/13357, 17/13781).

Schutz vor Täuschung

Wir setzen uns für verbindliche **Kennzeichnungsregelungen** bei Fleischprodukten ein (17/12697). Um gefälschte und falsch etikettierte Lebensmittel zu finden, muss intensiv kontrolliert werden (17/10795, 17/11211). Unser Antrag zur Prüfung von Falschkennzeichnung bei Pelzen und Kunstpelzen führte sogar zu einem Sonderkontrollprogramm



FLORIAN VON BRUNN schützt Bayerns Verbraucherinnen und -verbraucher.

Staatliche Aufsicht

Als Konsumenten müssen wir uns darauf verlassen können, dass die verkauften Lebensmittel sicher sind. Das funktioniert nur mit einer intensiven staatlichen Kontrolle. Und wenn Verstöße aufgedeckt werden, haben die Menschen ein Recht darauf, davon zu erfahren. Nur so werden die Verursacher dazu veranlasst, sauber zu arbeiten (17/13254, 17/14018).

Die aktuellen Ereignisse gerade um salmonellenbelastete Eier der Firma Bayern-Ei, die nachweislich in den Verkehr gelangt sind, zeigen deutliche strukturelle Probleme und ein **Kontrollversagen** der zuständigen Behörden. Deshalb fordern wir die Staatsregierung auf, Konsequenzen zu ziehen und dringende Reformen in der Lebensmittelüberwachung zeitnah umzusetzen (17/9793, 17/11043, 17/12346, 17/14109).

Verkehrsnetz

Im **Regionalverkehr** eröffnet sich die Chance zur Entlastung des unterfinanzierten Straßennetzes durch Reaktivierung von Nebenbahnen. Eine bessere Abstimmung zwischen Bahnen und Bussen sowie Investitionen in Service und Leistungsfähigkeit motivieren zum Umstieg vom Auto (17/10569, 17/11417, 17/11826, 17/12425, 17/12351, 17/13285, 17/13820, 17/14016).

Mängel an Investitionen in **Elektrifizierung**, was Ladeinfrastruktur, Güterverteilzentren, Forschung und Carsharing angeht, müssen beseitigt werden.

Das Ziel von 20 Prozent **Anteil des Fahrrads am Gesamtverkehr** bis 2025 unterstützen wir. Die Mittel zur Förderung des Radverkehrs wurden für investive und informelle Maßnahmen erhöht, die Kommunen erhalten Beratung und Zuschüsse. Neuerungen wie Radschnellwege werden zum Beispiel in der **Metropolregion Nürnberg** konzipiert (17/13284). Wichtig sind zudem moderne Fahrradabstellanlagen an den Bahnhöfen.

Der umstrittene geplante Ausbau des Flughafens München beschäftigt uns seit Jahren. Die Münchner Bevölkerung hat sich in einer Abstimmung **gegen den Bau einer dritten Startbahn** ausgesprochen. Daran fühlen wir uns politisch gebunden. Zudem ist auch faktisch aktuell keine derartige Zunahme an Flugbewegungen

feststellbar, dass der Bau unmittelbar notwendig erscheinen würde. Allerdings sind wir unter der Prämisse ständiger Verbesserungen bei der **Umweltverträglichkeit** offen für Investitionen in den Luftverkehr.

Vorrang für Schiene und Wasserwege

Die einseitige Fixierung auf Straßenneubau muss nach Fertigstellung von Lückenschlüssen und Ertüchtigen der **Hauptverkehrsachsen auf Schiene und Schifffahrt** wechseln. Der Gütertransport gehört auf die Bahn und die Flüsse. Doch die Auslastung der wichtigen Wasserstraßen darf nicht gefährdet werden.

Die Regionalisierungsmittel des Bundes für Personenzüge in Bayern wurden erhöht (17/8939), der Bau der 2. Stammstrecke der S-Bahn München mit einer Vorfinanzierung durch den Freistaat gesichert. Die Trasse ist das Herzstück eines zukunftsfähigen Nahverkehrs in München und ganz Südbayern (17/10338, 17/10754, 17/11423, 17/11621, 17/13285, 17/14016, 17/15350). Die Ausbauprogramme für **Barrierefreiheit** von Bahnhöfen wurden erhöht, bedürften jedoch weiterer massiver Steigerungen (17/9652, 17/13286, 17/12596). Die weitere **Elektrifizierung** von Bahnstrecken hat begonnen, zum

Beispiel Regensburg–Hof, München–Mühldorf–Freilassing, München–Lindau (17/9387, 17/10430, 17/10569, 17/10897).

Intelligente Infrastruktur

Der Wirtschaftsstandort Bayern hängt direkt von den Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur ab. Wir fordern eine **offensive Infrastrukturpolitik** mit frühzeitiger Einbindung der Bevölkerung, um Zukunftschancen für alle Verkehrsträger nutzen zu können. Die Mittel für Bau und Erhalt von Staatsstraßen wurden auf 270 Millionen Euro pro Jahr angehoben (17/13288). Wichtige Großprojekte sind dabei der Brennerbasistunnel, die 2. Stammstrecke in München und die Digitalisierung des Straßennetzes.

Soziale Wirtschaftspolitik

Unsere Wirtschaftspolitik richtet sich an den Menschen aus. Das bedeutet, dass die Wirtschaft dem Menschen dienen muss und nicht umgekehrt, so wie es auch in der Bayerischen Verfassung verankert ist. Nachdem es mittlerweile endlich einen **gesetzlichen Mindestlohn** auf

Bundesebene gibt (17/13029) setzen wir uns weiterhin für ein **bayerisches Vergabegesetz zur Tariftreue** ein. Staatliche Aufträge sollen nur an Unternehmen gehen, die sich an Tarifverträge halten. Dazu werden wir einen Gesetzentwurf erarbeiten.



Bayerns Wirtschaft und Infrastruktur stärken mit ANDREAS LOTTE, NATASCHA KOHNEN, ANNETTE KARL und BERNHARD ROOS.

Handwerk

Ein weiterer Schwerpunkt war die ausführliche Beschäftigung mit dem Handwerk. Obwohl die **wirtschaftliche Situation im Handwerk** allgemeinen als gut beschrieben werden kann, ergeben sich durch neue Wertschöpfungsketten, die Digitalisierung, den Fachkräftemangel und die Bürokratie zahlreiche gravierende Herausforderungen, die von der Politik begleitet und mitgestaltet werden müssen (17/14038, 17/14036, 17/12995, 17/11824, 17/10858).

Landesentwicklung

Außerdem ergriffen wir zahlreiche Initiativen für ein zukunftsfähiges Landesentwicklungsprogramm (LEP) (17/6453, 17/13329-33, 17/14042, 17/14312). Dabei geht es um die Schaffung **gleichwertiger Lebensverhältnisse in allen bayerischen Regionen** – siehe dazu auch das Kapitel Enquete-Kommission (17/11482-87), zum Beispiel durch eine ausreichende Nahversorgung mit Lebensmittelläden auch in ländlichen Gebieten (17/11752-55).

Erhalt von Arbeitsplätzen

Bei aktuellen Unternehmenskrisen und Standortdiskussionen haben wir uns für den **Erhalt von Arbeitsplätzen in Bayern** starkgemacht. Beispiele sind Siemens, BAT oder Airbus Helicopters (17/10510, 17/12616, 17/12982).

Arbeitswelt 4.0

Einer unserer großen wirtschaftlichen Schwerpunkte ist die **Digitalisierung** (17/9856-59, 17/9861-63) und die Auswirkungen auf die Unternehmen, Belegschaften sowie Aus- und Weiterbildung (17/9794). Vor allem mit drei Fachgesprächen zu Industrie 4.0, Arbeit 4.0 und Arbeitswelt 4.0 und jeweils renommierten Referentinnen und Referenten haben wir dieses Thema intensiv bearbeitet. Zahlreiche Lösungsansätze und parlamentarische Initiativen wurden daraus abgeleitet. So ging es sowohl um die Auswirkungen auf industrielle Arbeitsprozesse, Berufe und ihre Folgen für Arbeitnehmer, aber auch um Sicherheitsfragen und die Ausgestaltung von Förderprogrammen. Der Fokus lag auch hier immer auf den Konsequenzen für die Arbeitnehmer sowie der Beratung und Unterstützung kleiner und mittlerer Unternehmen sowie von Handwerksbetrieben (17/12991-93, 17/13825, 17/14035).

Frauen in der Wissenschaft

Viele hoch qualifizierte Frauen gehen in Bayern im Wissenschaftsbereich verloren. Sie machen 53 Prozent aller Studierenden aus, bei der Promotion liegt ihr Anteil noch bei 45 Prozent, bei den Habilitationen gerade noch bei 27 Prozent. Bei den Professoren stehen schließlich 17 Prozent Frauen 83 Prozent Männern gegenüber. Wir wollen, dass endlich eine verbindliche und effektive **Frauen-**

förderung an Universitäten und Hochschulen umgesetzt wird und haben ein entsprechendes Antragspaket vorgelegt. Ziele sind eine Gleichstellungsstrategie, verbindliche Zielvereinbarungen sowie ein dreijährlicher Bericht über die gemachten Fortschritte. Außerdem sollen **Frauenbeauftragte** an Hochschulen gestärkt werden, indem sie ein Vetorecht bekommen (17/11758-62).

Demokratie an Hochschulen

Studierende sollen von Anfang an als gleichberechtigte Partner in die Gestaltung der Rahmenbedingungen der Hochschulen eingebunden werden. Die Studierenden stehen im Mittelpunkt von Studium und Lehre. Wir haben deshalb in einem Gesetzesentwurf gefordert, dass **Studierende in die Hochschulleitung** aufgenommen werden und damit die Möglichkeit bekommen, gemeinsam mit dem wissenschaftlichen Personal an einem nachhaltigen Konzept ihrer Hochschule zu arbeiten (17/15338).

Berechenbare Karrierespекtiven

Die SPD-Fraktion setzt sich für den **Ausbau des Karrierewegs** „Tenure-Track“ ein, der Nachwuchswissenschaftlerinnen und -wissenschaftlern eine planbare Laufbahn ermöglichen soll. Es müssen verlässliche Wege der Qualifizierung geschaffen werden, um vielversprechenden jungen Nachwuchs an den Hochschulen zu halten (17/524, 17/13087).

Studieren ohne Barrieren

Jede und jeder zehnte Studierende ist von einer Behinderung oder einer chronischen Erkrankung betroffen und hat mit diversen Hürden während des Studiums zu kämpfen. **Barrierefreiheit** soll nach unseren Forderungen erreicht werden mit einem Programm zur Schaffung geeigneter Wohnheimplätze, der Erweiterung der Mitspracherechte der Beauftragten für Studierende mit Behinderung und chronischer Erkrankung an den Hochschulen und die Schaffung zentraler Beratungsstellen (17/9388, 17/9529-30).

Gesamtkonzept für Erinnerungsorte

Die SPD-Fraktion will ein Gesamtkonzept für den **Umgang mit Erinnerungsorten zu den Verbrechen des Nationalsozialismus**. Bisher gibt es keine systematische Bestandsaufnahme der Erinnerungsorte in Bayern. Manche sind in einem schlechten Zustand und benötigen dringend finanzielle Unterstützung. Auch didaktisch-pädagogische Aspekte und die mediale Darstellung sind wichtige Themen. Jeder einzelne Ort der Gewaltverbrechen und der Tätergeschichten ist eine Mahnung für uns und alle kommenden Generationen (17/10432).



Reform des Kulturfonds

Das 20 Jahre alte Kultur-Förderinstrument Kulturfonds muss dringend an die aktuellen Bedürfnisse der Künstler und Künstlerinnen angepasst werden. Es sollen **mehr kreative Projekte** im Land von der Förderung profitieren können. Dazu gehört eine Absenkung der Mindestkosten, um mehr kleine Projekte fördern zu können. Auch die freie Kulturszene Münchens und Nürnbergs braucht dringend staatliche Zuschüsse, um ihre kreativen Angebote aufrechterhalten zu können (17/11103, 17/13486).

Schutz von Denkmälern

Raubgrabungen und der Handel mit illegal erworbenen Schatzfunden zählen zu den größten Problemen im archäologischen Denkmalschutz. Der Freistaat Bayern ist das einzige Bundesland, das in seinem Denkmalschutzgesetz keine nachhaltige Eigentumsregelung eines archäologischen Schatzfundes vorsieht. So können wichtige Funde, an deren **Erhaltung für die Öffentlichkeit** ein besonderes Interesse besteht, nicht in öffentliches Eigentum übergehen. Nur mit einer Änderung des Denkmalschutzgesetzes kann eine Verbesserung des Schutzes der Denkmäler erreicht werden (17/4481).



Mehr Engagement des Staates

Die SPD-Landtagsfraktion steht für eine Wohnungspolitik der sozialen Gerechtigkeit: Wir wollen **bezahlbaren Wohnraum** für alle schaffen und erhalten, indem wir den staatlich geförderten Wohnungsbau im Freistaat deutlich – und zwar auf 20.000 Wohnungen pro Jahr – erhöhen (17/8441), die Kommunen bei der Schaffung bezahlbaren Wohnraums unterstützen (17/10574-76) und auch privaten Investoren verstärkt Anreize hierfür geben (17/10750). Um Hemmnisse und Hindernisse bei der Schaffung bezahlbaren Wohnraums abzubauen, fordern wir, dass der Freistaat ein Wohnungsbaubeschleunigungsgesetz (17/15837) vorlegt. Zudem brauchen wir die verstärkte Mobilisierung von Bauland, unter anderem durch die Wiedereinführung einer Baulandsteuer (17/15598).

Staatliche Wohnungsbaugesellschaft

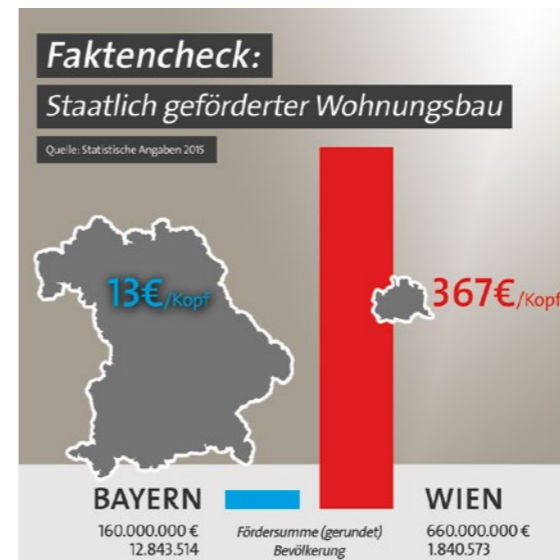
Der Staat darf den Wohnungsbau nicht immer nur auf die Kommunen und private Investoren abschieben. Wir sprechen uns dafür aus, die wohnungspolitischen Aktivitäten der staatlichen Akteure in einer **Wohnungsbaugesellschaft** zu bündeln (17/9906). Diese soll auch dazu dienen, den Bedarfen der unterschiedlichen Personengruppen (Familien, Studierende, Seniorinnen und Senioren, Menschen mit Behinderung etc.) bestmöglich gerecht zu werden.

Mehr Förderung für den Wohnungsbau

Der Bedarf an bezahlbaren Wohnungen in Bayern steigt rapide an. Der Bund hat reagiert und so erhöhen sich die Mittel für Bayern gegenüber 2016 um 78 Millionen auf 198 Millionen Euro. Das **Verhalten der Staatsregierung ist dagegen ein Skandal**: Die Landesmittel im Haushalt werden 2017 gegenüber 2016 auf 87 Millionen Euro fast halbiert! Selbst wenn man die auf 150 Millionen Euro leicht gestiegenen Ausgaben der Bayerischen Landesbodenkreditanstalt miteinbezieht, gibt der Freistaat 2017 und auch 2018 weniger Geld für Wohnraumförderung aus als 2016 (17/15837).

Zweckentfremdung

Gerade in touristisch attraktiven Regionen gibt es einen riesigen Schwarzmarkt mit Wohnungen, die für normale Mieter nicht mehr zur Verfügung stehen. Sie werden zu lukrativen Preisen kurzzeitig an Reisende vermietet und damit dem Wohnungsmarkt entzogen. Wir haben immer wieder mit Anfragen, Anträgen und zuletzt einem eigenen Gesetzentwurf (17/15020) diese sogenannte Zweckentfremdung von Wohnraum auf die Tagesordnung gesetzt. So konnten wir erreichen, dass die Staatsregierung im Frühjahr 2017 ein Gesetz vorlegte, das sich in vielen Punkten eng an unseren Vorschlägen anlehnt. Somit werden in Zukunft tausende **Wohnungen wieder für Wohnzwecke genutzt** werden können.



Mieterrechte stärken – GBW-Verkauf aufklären

Wir kämpfen für eine **Stärkung von Mieterrechten** (17/15326), zum Beispiel durch eine Neuregelung der Modernisierungumlage sowie die Festlegung soliderer Kriterien für die Erstellung von Mietspiegeln.

An der Seite der Mieterinnen und Mieter stehen wir auch mit Blick auf die ehemals staatlichen GBW-Wohnungen: Wir forder-

ten die Staatsregierung daher wiederholt zur vollumfänglichen Aufklärung des fragwürdigen Verkaufs vom April 2013 auf (17/13311) – und werden hier auch weiterhin nicht locker lassen. Es zeigt sich, wie ahnungslos und verantwortungslos die Staatsregierung handelte, als sie bezahlbaren Wohnraum aus staatlichem Eigentum verscherbelte. Wir werden uns weiterhin für die Aufklärung des Falls starkmachen.

Enquete-Kommission Bayern

Auf Initiative der SPD-Fraktion wurde in die Bayerische Verfassung das Staatsziel aufgenommen, **gleichwertige Lebensverhältnisse und Arbeitsbedingungen in ganz Bayern**, in Stadt und Land zu fördern und zu sichern (16/15140). Unter der CSU-Regierung ist hier über Jahrzehnte leider ein ganz erhebliches Ungleichgewicht entstanden. Eine Bestandsaufnahme und Vorschläge für Verbesserungen sind die Aufgaben der von uns beantragten Enquete-Kommission „Gleichwertige Lebensverhältnisse in ganz Bayern“. Seit 2014 tagt dieses Gremium des Landtags. 2017 wird der Schlussbericht mit konkreten Handlungsempfehlungen erwartet (17/2482).

Die Gründe für die Kommission:

- Bayern ist das Bundesland mit den größten regionalen Unterschieden: Sowohl bei der **Bevölkerungsentwicklung** als auch bei der **wirtschaftlichen Leistungskraft** öffnet sich die Schere zwischen den Regionen immer weiter.



DR. CHRISTOPH RABENSTEIN ist stellv. Vorsitzender der Enquete-Kommission „Gleichwertige Lebensverhältnisse in ganz Bayern“.

- Auch im Bereich **Infrastruktur** (zum Beispiel Verkehr, Breitbandanbindung, Schul- und Kindergartenstandorte etc.) sind die verschiedenen Regionen unterschiedlich gut ausgestattet.
- Die Attraktivität der einzelnen Landesteile ist abhängig vom **Bildungsangebot**, der Freizeitgestaltung, dem kulturellen Leben, vom Arbeitsangebot und von den Einkaufsmöglichkeiten am Ort. Dies hängt aber alles zusammen mit den finanziellen Möglichkeiten der Kommunen. Sie gilt es mit einer besseren Finanzausstattung zu stärken.

Enquete-Kommission Integration

Die Integration von Menschen mit Migrationshintergrund ist eine der größten Herausforderungen und zugleich Chancen unserer Zeit. Auch die Zukunft Bayerns hängt ganz erheblich davon ab, ob es uns gelingen wird, dieser Aufgabe gerecht zu werden. Der Bayerische Landtag hat deshalb auf unsere Initiative hin die Enquete-Kommission „**Integration in Bayern aktiv gestalten und Richtung geben**“ eingesetzt (17/12431) und den SPD-Abgeordneten Arif Tasdelen einstimmig zum Vorsitzenden gewählt. Neben Abgeordneten aller Fraktionen gehören der Enquete-Kommission auch Wissenschaftler und Sachverständige an, die die Arbeit des Gremiums mit ihrer Expertise unterstützen. Ziel ist die Erarbeitung eines Gesamtkonzepts für eine gelingende Integration im Freistaat. Hierfür nimmt die Enquete-Kommission alle Lebensbereiche von Sprache und Bildung, über Wohnen und Stadtentwicklung bis hin zu Gesundheit und Pflege in den Blick.

Zu jedem der elf Themenfelder lädt die Kommission außerdem einschlägige Experten in ihre Sitzungen. Sie bringen umfassende Analysen sowie aktuelle



ARIF TASDELEN ist Vorsitzender der Enquete-Kommission „Integration in Bayern aktiv gestalten und Richtung geben“.

Forschungsergebnisse und Erfahrungen aus der Praxis in die Arbeit der Enquete-Kommission ein. Ergänzend dazu informieren sich die Mitglieder der Enquete-Kommission zudem in Außenterminen bei Einrichtungen und Projekten vor Ort. Die SPD-Fraktion setzt sich in der Kommission vor allem für eine **Verbesserung der Teilhabe** von Menschen mit Migrationshintergrund ein. Besonders der **Zugang zu Bildung** und dem **Arbeitsmarkt** muss verbessert und dadurch müssen **gleiche Chancen für alle** geschaffen werden. Die Gestaltung des Zusammenlebens von Menschen mit und ohne Migrationshintergrund ist für uns eine gesamtgesellschaftliche Zukunftsaufgabe, die wir gemeinsam gestalten müssen.

Untersuchungsausschuss Bayern-Ei

Durch hartnäckiges Nachhaken und unterschiedliche parlamentarische Initiativen ist es uns gelungen, Abläufe und Details des Bayern-Ei-Skandals um salmonellenverseuchte und in den Handel gelangte Eier auf der Agenda zu halten und zur Aufklärung beizutragen. Unsere Initiativen lösten eine Reform des Systems der Lebensmittelkontrolle in Bayern aus. Noch im Sommer 2017 wird ein Untersuchungsausschuss sich mit dem Versagen der Staatsregierung und **Missständen in der staatlichen Lebensmittelkontrolle** befassen.



INGE AURES und FLORIAN VON BRUNN sind Mitglieder des Bayern-Ei-Untersuchungsausschusses.

Untersuchungsausschüsse Labor und Modellbau

Die Untersuchungsausschüsse „Labor“ und „Modellbau“ sind maßgeblich auf unser Betreiben eingesetzt worden. Im Untersuchungsausschuss „Labor“ sind gravierende **Fehler der Staatsanwaltschaft** bei der Verfolgung von Abrechnungsbetrügereien aufgedeckt worden.

Im Untersuchungsausschuss „Modellbau“ ist die Verquickung von wirtschaftlichen und politischen Interessen der früheren **Leiterin der Staatskanzlei** offenkundig geworden.



FRANZ SCHINDLER war stellv. Vorsitzender des Untersuchungsausschusses Labor.



Vorsitzender des Untersuchungsausschusses Modellbau war HORST ARNOLD.

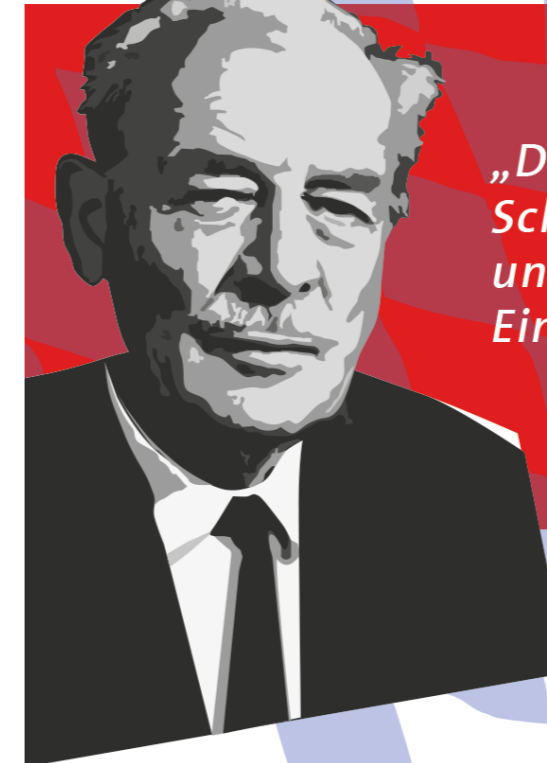
Verfassungsjubiläum 2016

Vor gut 70 Jahren ist die vom Sozialdemokraten **Dr. Wilhelm Hoegner** entworfene Bayerische Verfassung in Kraft getreten. Wir haben mit zahlreichen Veranstaltungen in allen Landesteilen und einer Reihe von parlamentarischen Initiativen an dieses Jubiläum erinnert. In einem Antragspaket unter dem Titel „70 Jahre Bayerische Verfassung – Unser Bayern. Unsere Verfassung. Unser Auftrag“ brachten wir aktuelle politische Themen ein, die ihre Verankerung bereits in der Verfassung haben:

- Für eine **gerechte Steuerpolitik** (I) (17/14194)
- **Gleichwertige Arbeitsbedingungen** in ganz Bayern schaffen (II) (17/14195)
- **Gleichwertige Lebensverhältnisse** in ganz Bayern schaffen (III) (17/14196)
- **Lohnlücke** endlich wirksam bekämpfen (IV) (17/14197)
- **Familien** und ihre Kinder bestmöglich unterstützen (V)

- **Ausbildungsgarantie** verwirklichen (VI) (17/14199)
- 9-Punkte-Programm zur Umsetzung der **UN-Behindertenrechtskonvention** auch in Bayern (VII) (17/14200)
- Bayern braucht ein **Wohnungsbaubeschleunigungsgesetz**. Die Empfehlungen des Bündnisses für bezahlbares Wohnen und Bauen umsetzen! (VIII) (17/14201)
- Demokratische Schulen durch Stärkung der **politischen Bildung** schaffen (IX) (17/14209)
- Allgemeine und berufliche Schulen zu **inklusiven Schulen** weiterentwickeln (X) (17/14202)
- In der **Erwachsenenbildung** plurale Angebote sicherstellen und für ausreichende Finanzierung sorgen (XI) (17/14203)
- **Infrastruktur** an weiterführenden Schulen in allen Landesteilen sicherstellen (XII) (17/14204)
- Schutz und sparsamer Umgang mit **Landschaft und Fläche** (XIII) (17/14205)
- **Gleichheit vor dem Gesetz** umsetzen, Gleichstellungsgesetz reformieren (XIV) (17/14206)
- **Tierschutz** verbessern (XV) (17/14207)
- **Keine kalte Kommunalisierung** der Kosten der Integration! (XVI) (17/14208)

70 JAHRE BAYERISCHE VERFASSUNG



„Die Verfassung dient dem Schutz und dem geistigen und leiblichen Wohl aller Einwohner.“

- Artikel 99

DR. WILHELM HOEGNER

Vater der Bayerischen Verfassung
Ministerpräsident des Freistaats Bayern



Im Plenarsaal des Bayerischen Landtags.



FACEBOOK
[@bayernspd.landtag](https://www.facebook.com/bayernspd.landtag)



TWITTER
[@bayerngerechter](https://twitter.com/bayerngerechter)



INSTAGRAM
[@spdimbayerischenlandtag](https://www.instagram.com/spdimbayerischenlandtag)

Arbeiten
für Bayern.



BayernSPD Landtagsfraktion

Herausgeber: Volkmar Halbleib, MdL, Parlamentarischer Geschäftsführer
V.i.S.d.P.: Ulrich Meyer, Pressesprecher

Maximilianeum | 81627 München
info@bayernspd-landtag.de | Tel.: 089 - 4126 2050

Berichtszeitraum: Juli 2015 bis Mai 2017

Diese Veröffentlichung dient der Information über die parlamentarische Arbeit der SPD-Fraktion im Bayerischen Landtag. Sie darf nicht zu Wahlkampfzwecken verwendet werden.